

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“.  
Schalter-Halle geöffnet von 7 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verantwortlicher:

Verlag (Expedition) 2953, Reckstrasse 52,  
Druckerei 2266.  
Ausgabe von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Fracht-  
kosten. 2 Bst. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichsgebietes.  
Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 6 Zeitungsvertriebsstellen, sowie die  
181 Abgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich die dortigen 30 Abgabestellen und in den  
benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“  
in einheitlicher Schloßform; 20 Pfg. in davon abweichender Schloßform, sowie für alle übrigen lokalen  
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bst. für lokale Anzeigen; 2 Bst. für auswärtige  
Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung.  
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Aufnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 253.

Wiesbaden, Donnerstag, 3. Juni 1909.

57. Jahrgang.

## Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

## Reise-Abonnements

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

können täglich begonnen werden und kosten wöchentlich  
bei direktem Versand frei an die aufgegebenen Adresse

nach Orten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 60 Pfg.

„im Ausland“ 96 „

im Postüberweisungs-Verkehr in Deutschland

für einen Ort und laufenden Monat 50 „

Bestellungen beliebe man genaue Wohnungsadresse beizufügen.

Der Verlag des Wiesbadener Tagblatts.

## Friedensschmerzen und der Dreibund.

Just in demselben Augenblick, wo sich die Vertreter  
der Reichshauptstadt anschickten, den Boden der gais-  
lichen Metropole an der Themse nach einer Woche voll  
Gastereien und herrlichster Friedensreden zu verlassen,  
hatte der ebenso kühl alle Umstände in Erwägung  
ziehende wie wagemutige Erfinder des starren Systems,  
der „Graf der Luft“ seine unergiebliche Dauer-  
und Fernfahrt angetreten. Mag auch „Zeppelin II“  
nicht in Berlin — zur Enttäuschung aller Spreeathener  
— gelandet sein, mag auch dieser „Ersatz Scherdingen“  
eine kleine Gavarie erlitten haben, das Ausland muß  
mit Bewunderung, in die sich wohl ein gut  
Teil Neid mischt, anerkennen, daß Deutschland mit der  
Entwicklung der Luftkrieger alle übrigen Nationen  
gepöhlagen habe.

Wird nun die lächerliche Gespensterfurcht  
vor deutschen Luftschiffen bei unseren Bettern jenseits  
des Kanals wieder entstehen? Man scheint ja in Lon-  
don — vielleicht haben die Reden der Berliner Stadt-  
väter doch ein wenig gewirkt, und der gesunde  
Menschenverstand ist wieder zu Worte gekommen — ein  
bißchen ruhiger geworden zu sein. Auch einer der gel-  
ben Großindustriellen der öffentlichen Meinung in  
England, Lord Northcliffe, der Herausgeber der Lon-  
doner „Daily Mail“ und Mitbesitzer der „Times“, der  
während der letzten Tage in Berlin weilte und sich ein-  
wenig in dem „invasionslüsternen“ Deutschland umsieht,  
hat seinen „Mail“-Leuten nach London zugewinkt, sich  
etwas weniger nervös über Deutschland zu äußern,  
und sich bemüht, durch einige Freundlichkeiten für  
Deutschland etwas Öl ins Feuer zu gießen. Man hat

auch jenseits des Kanals durchblicken lassen, daß  
Frankreich als der allernächste Seennachbar Groß-  
britanniens und die größte europäische Kolonialmacht  
neben der britischen, trotz aller derzeitigen Freundschaft  
und Bundesgenossenschaft eines Tages der unbe-  
quemste Gegner des britischen Reiches werden und dessen  
Stützen schlimmer und erfolgreicher bedrohen kann als  
je Deutschland. Diese versteckte Andeutung des eng-  
lischen Ministerpräsidenten Asquith — namentlich ange-  
sichts der beabsichtigten Dreadnoughttaufen der franzö-  
sischen Republik — sollte vielleicht den kühler denken-  
den Teil seiner Landsleute darauf hinweisen, wie  
töricht es ist, sich mit Deutschland dauernd zu entfrem-  
den. Möglicherweise hängen die Betrachtungen, die  
ein Teil der englischen Presse an die jüngst beim Ban-  
kett der britischen Handelskammer in Paris gehaltenen  
Rede des Barons d'Estournelles de Constant  
knüpft, mit dieser versteckten Mahnung zusammen.  
Der friedenseifrige Baron empfahl eine Entente  
cordiale zwischen England und Frankreich auf der  
einen und Deutschland auf der anderen Seite seinen  
Landsleuten als die Krönung der Bürgschaften für den  
europäischen Frieden. „Daily Graphic“ findet nichts  
Überraschendes in diesem Vorschlag und er fährt fort:  
„Die Generation der Franzosen, die 1870 fielen, ist  
fast erloschen. Die heute noch bestehende Entfremdung  
ist nur noch eine leere Huldigung an die Geschichte  
und entschieden nicht wert, um den Preis inter-  
nationaler Instabilität und übertriebener Rüstungen  
aufrechterhalten zu werden. Dieses Gefühl wächst täg-  
lich in Frankreich, und die Rede des Barons  
d'Estournelles zeigt, daß man nicht mehr sehr weit von  
der Grenzlinie praktischer Politik entfernt ist. Wir  
empfehlen diese Tatsache der Ermägung unserer deut-  
schen Freunde, die so töricht mit der Annahme der Un-  
möglichkeit einer französisch-deutschen Aussöhnung  
spekulieren.“

Indessen mehr als utopistische Friedensseh-  
sucht, mehr als die Beforgnis vor den immer größer  
werdenden Lasten der Kriegsrüstungen mag  
in London und Paris die Überzeugung, daß der  
Dreibund gestiftet denn je sei, das Verlangen  
nach einer friedlichen Verständigung und Annäherung  
hervorgehoben haben. Noch vor wenigen Tagen wollte  
man wissen, daß zwischen Oesterreich und Italien  
eine ernste Entfremdung eingetreten sei. Für gewisse  
Leute — man kennt sie in Berlin ebenso gut wie in  
Wien und Rom — war es kein erfreuliches Bild, als  
in diesem Jahre der schon so oft frangefagte und als  
frühlich verfallene Dreibund so fest und vornehm ge-  
bietend sich bewährte; wie ein Mißklang tönte es in  
ihre Ohren, als jüngst in Wien die Reden der beiden  
Kaiser es aller Welt verkündeten, daß in ihrer Ver-  
einigung nach wie vor auch das apenninische König-  
reich mitzählt. Für die Gegner dieser Freundschaft ist

seit jeher das Flammachen eine Übung ihrer Ta-  
fif und so tanzte kurz nach den Wiener Kaiserjagen  
das Gerücht auf, Oesterreich-Ungarn habe die Beteili-  
gung an den 1911 zu Turin und Rom stattfindenden  
Ausstellungen rundweg abgelehnt. Diese Ausstellun-  
gen haben einen besonderen Charakter; sie werden zur  
Feier der vor vierzig Jahren erfolgten Bildung des  
italienischen Einheitsstaates veranstaltet und sollen  
ein Bild der schönen italienischen Kultur- und Kunst-  
entwicklung in diesen vier Jahrzehnten geben. Würde  
heute ein Oesterreicher die Teilnahme an einer nieder-  
ländischen Jubelfeier ablehnen, weil habsburgische  
Generale gegen jenes Volk zu Felde zogen? Aber  
jenes Gerücht war nur ein Gerücht und noch dazu ein  
törichtes erfundenes. Als man es aufflattern ließ, da  
war von Italien aus weder Programm noch Ein-  
ladung zu den Ausstellungen ergangen. Nur ganz un-  
verbindliche Vorbesprechungen waren bereits vor  
Nahresfrist erfolgt und da hatte man in Wien und  
Budapest auf eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit hin-  
gewiesen. Doch wo herrscht diese nicht? Bald nach  
Empfang der offiziellen Einladung haben sich die aus-  
wärtigen Minister Oesterreichs und Ungarns beeilt,  
zu versichern, daß sie nach Kräften eine Beschickung der  
Ausstellungen befürworten werden. Und bei der über-  
wiegenden Mehrheit der Bevölkerung der habsburgi-  
schen Monarchie werden sie verständnisvolles Entgegen-  
kommen finden.

So ist die neueste Intrige gegen den Dreibund ver-  
eitelt, bevor sie sich recht entfalten konnte. Sie wird  
aber vielleicht das Gegenteil von dem bewirken,  
was sie eigentlich sollte, anstatt einer Entfremdung  
Oesterreichs und Italiens wird sie deren weitere An-  
näherung durch friedlichen Wettstreit auf geistigem  
und wirtschaftlichem Gebiete herbeiführen.

## Sozialpolitische Umschau.

— Anfang Juni. —

Der Reichstag ist in die sehr ausgedehnten Pfingst-  
ferien gegangen, aber die unerledigte Reichsfinanz-  
reform beschäftigt weiter die öffentliche Erörterung.  
Der ganze Sammer unserer Partei- und In-  
teressenpolitik gelangt in dieser Finanzreform  
zum Ausdruck. Was eigentlich werden soll, weiß nach  
monatelangen Beratungen auch heute noch kein Mensch.  
Manche Politiker fürchten oder hoffen, daß Fürst v.  
Bülow als letztes Mittel den Reichstag auflösen wird,  
und wir wissen, daß einzelne Parteileitungen an ihre  
Organisationen im Reich den Rat erteilt haben, sich auf  
Neuwahlen vorzubereiten.

Die langen Verhandlungen über die Reichssteuer-  
pläne haben andere gesetzgeberische Arbeiten stark in  
den Hintergrund gedrängt. Auch die Umgestal-

## Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

## Stimmen von drüben.

Von Ernst Rehm. v. Wolzogen.

Es gibt ein Gebiet, auf dem unsere deutsche Wissen-  
schaft noch weit zurück ist: es ist das weite Gebiet des so-  
genannten Okkultismus. Das Wort schon weist darauf hin,  
daß hier dunkles, unbekanntes Land vor uns liegt. Aber  
eben darum sollte echte Wissenschaft sich ein Gewissen dar-  
aus machen, mit Aufheben der Augen auf diesem Unbekannten  
vorbeizudrücken, denn wenn nur ein einziges von den be-  
haupteten Phänomenen der Okkultisten, Spiritisten und wie  
sie sich sonst nennen mögen, unbefriedigbare Tatsache ist, so  
ist damit auch für die Wissenschaft die Pflicht gegeben, sich  
mit diesen Dingen ernsthaft zu beschäftigen. Ich gebe gern  
zu, daß ich selbst für das Treiben der Spiritisten nie viel  
 übrig gehabt habe, und daß ich, zumal seitdem ich einst ein  
betrügerisches Medium mit entlarven half, mich weder für  
fliegende Spielböden noch Geistesfuhrten noch Gespenster-  
photographien noch Orakelweisheit medialer Strick-  
strumpfanten irgendwie begeistern konnte. Aber ich habe  
oft die schreibende Planchette in Bewegung setzen geholt  
und mich überzeugt, daß wenigstens zur Herbeiführung  
dieses mechanischen Vorganges keinerlei Beitrag, keinerlei  
bewusste Nachhilfe nötig sei. Und seit ich in meiner Frau  
ein ungewöhnlich leistungsfähiges Schreibmedium besitze,  
habe ich reichlich Gelegenheit gehabt, mich mit der seltsamen  
Erscheinung ernsthaft zu beschäftigen und die äußeren Be-  
dingungen so zu gestalten, daß jede Selbsttäuschung absolut  
ausgeschlossen ist.

Wir pflegen folgendermaßen zu verfahren: Auf einen  
großen Bogen Papier schreiben wir die Buchstaben des  
Alphabets im Kreise und innerhalb dieses Kreises die Worte  
Ja, Nein und die Zahlen 1 bis 9 und 0 auf. Dann nehmen  
wir ein möglichst leichtes Glas- oder Porzellantellerchen  
(Unterfasse) und bringen an dessen Rande einen Zintensirich  
als Markierung an. Das Papier mit dem Alphabet wird

auf einer glatten Tischplatte ausgebreitet und am besten  
mit Klebzwicken darauf befestigt. Dann wird das Tellerchen  
durch Anhauchen etwas erwärmt und umgestülpt auf das  
Papier gelegt. Das Medium und eine beliebige andere  
Person, die Fragen zu stellen beabsichtigt, legen ganz leicht  
die Fingerspitzen je einer Hand darauf und warten in Ge-  
mütsruhe das weitere ab. Sind die Herrschaften von da  
drüben gut aufgelegt, so dauert es nicht lange, und das  
Tellerchen beginnt sich erst träge, dann immer eifriger hin  
und her, gradlinig oder im Bogen zu bewegen, und der  
schwarze Strich macht bei den Buchstaben, die er bezeichnen  
will, einen Moment halt. Natürlich darf man die Äußerun-  
gen dieser fremden Kraft nicht durch Gegenfragen hem-  
men; also nicht etwa das ganze Gewicht des Armes auf  
seine Fingerspitzen wirken lassen, sondern man muß die  
Finger nur ganz lose auflegen und den Arm möglichst leicht  
im Handgelenk spielen lassen. Es schadet auch nicht, wenn  
man den Ellbogen zuweilen aufliegt, um sich ein wenig  
auszurufen, denn der Arm ermüdet leicht, wenn man ihn  
längere Zeit in der Schwebe zu halten gezwungen ist.  
Wollte man versuchen, die Markierung des Tellerchens auf  
gewisse Buchstaben nach eigenem Willen zu lenken, so wird  
man, falls die wirkende Kraft stark ist, deutlich den Wider-  
stand spüren, und der buchstabierende Teller wird seinen  
Unwillen durch Hin- und Herbewegen zu erkennen geben und  
alsbald seine Tätigkeit gestoppt einstellen.

Irgendwelche mysteriöse Innengebung durch Ver-  
dunkelung, Schweigen der Zuschauer und dergleichen ist zum  
Gelingen des Versuches durchaus nicht nötig. Auch die  
Tagesstunde dürfte darauf wenig Einfluß haben. Einzig  
eine gewisse Sammlung, eine ruhige Gemütsstimmung der  
Ausführenden sind von Wichtigkeit. Und dies ist wohl der  
Grund, weshalb in den Abend- und Nachstunden die Re-  
sultate am besten zu sein pflegen. — Der übliche aufgeklärte  
Zweifler mit dem wissenschaftlichen Anhauch pflegt mit der  
Erklärung bei der Hand zu sein, daß das Unterbewußtsein  
des Mediums dieses Zusammenstellen von Buchstaben zu  
mehr oder minder sinnreichen Sätzen, dieses vernünftige  
Beantworten laut gestellter Fragen bewerkstelligt.

Meine Frau pflegt in Gegenwart Fremder sich vor Be-  
ginn des Experimentes die Augen fest verbinden und die  
Fragen, die getan werden sollen, nicht sagen zu lassen. Es  
genügt vollkommen, wenn der Fragende seine Finger mit  
auf den Teller hält. Mediumale Eigenschaften braucht er  
nicht zu haben. Er braucht auch keinem anderen Menschen  
seine beabsichtigten Fragen zu verraten. Er muß nur selbst  
seine Gedanken darauf konzentrieren, dann buchstabiert ihm  
der Teller eine Antwort zusammen, von der meine Frau  
selbstverständlich nicht die geringste Ahnung haben kann. So  
hat zum Beispiel vor kurzem ein berühmter Maler in Berlin  
mit ihr experimentiert und dabei die Frage gestellt, aus  
welchen Gründen einer seiner Freunde sich wohl seinerzeit  
das Leben genommen habe. Der Teller schrieb den Namen  
eines ehemaligen Ministers und die Stadt Halle an der  
Saale, und es stellte sich heraus, daß auf Veranlassung  
jenes Ministers der betreffende Herr nach Halle gefahren  
war, und daß durch die Ergebnisse dort tatsächlich die große  
Erschütterung hervorgerufen wurde, die ihn zum Selbstmord  
trieb. Meine Frau wußte weder von jenem Minister noch  
von dem Selbstmörder irgend etwas Besondere. Sie hatte  
nur von mir gelegentlich einmal den Namen gehört. Wo  
bleibt da das Unterbewußtsein des Mediums? Nein, das  
ist eine ganz leere Redensart. Es kann vielmehr nicht der  
geringste Zweifel bestehen, daß eine außerhalb der experi-  
mentierenden vorhandene Intelligenz imstande sein muß,  
bewußt auf die Muskeln der Experimentierenden mit einer  
Kraft zu wirken, die das Tellerchen oder was man sonst für  
ein Instrument verwenden mag, in der Richtung schiebt,  
die jene Intelligenz ihm anweist.

Unsere Versuche scheinen mir als weitere Tatsache fest-  
zustellen, daß jene Intelligenz durchaus nach menschlichen  
Mäßen zugeschnitten sein muß, und endlich, daß die geistigen  
Qualitäten des Mediums bestimmend sind für die Qualität  
der durch dieses herbeigezogenen außerirdischen Intelligenz.  
Ich habe hier das Wort außerirdisch hingeschrieben, aber  
nur, weil ich kein sichereres weiß, und ich muß jedermann  
gestatten, ein großes Fragezeichen dahinter zu machen. Die  
Spirits (wir wollen den beliebigen Ausdruck der Spiritisten  
der Bequemlichkeit halber adobieren) behaupten allerdings

zung der staatlichen Arbeiterversicherung ist einstweilen an die zweite Stelle getreten, soll aber im Herbst bestimmt an den Reichstag gebracht werden. Inzwischen gewinnen die einzelnen Körperschaften und Organisationen im Lande Zeit, sich mit der wichtigen Frage zu beschäftigen. Bemerkenswert ist es, wie auch hier die Ansichten je nach Partei und Interessenstandpunkt weit auseinandergehen. Wir verlieren augenscheinlich immer mehr die Fähigkeit, öffentliche Angelegenheiten streng sachlich und mit gerechter Vorurteilslosigkeit zu beurteilen. Die einen werfen auch hier in die Wollschucht, was die anderen in den Himmel heben. Sicher ist schon die Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung als ein großer sozialpolitischer Fortschritt zu bezeichnen, ebenso wenn es bei der Durchführung der Reform endlich gelingen sollte, Vorkehrungen gegen die Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen zu treffen, ohne der Selbständigkeit beider zu nahe zu treten. Der Frieden zwischen beiden Parteien wird schwerlich durch Zwangsmaßnahmen hergestellt werden können, sondern er muß eine Frucht der Erkenntnis sein, daß wie Unternehmer und Arbeiter so auch Kassen und Ärzte aufeinander notwendig angewiesen sind. Alle Scharfmacherei ist auch hier eine Sünde wider die Volkswohlfahrt; man soll sich vielmehr vorurteilslos verstehen und ertragen lernen und den nackten Interessenstandpunkt nicht mit einer unsozialen Schroffheit betonen.

Auf ärztlicher Seite ist man solchen Erwägungen augenscheinlich nicht unzugänglich. Es wurde nämlich kürzlich ein Reichsverband deutscher Ärzte gegründet, dessen Zweck es ist, die bisher besonders vom Leipziger Verband beliebte scharfe Tonart gegen die Krankenkassen zu vermeiden und ein friedliches Zusammenarbeiten mit ihnen anzustreben. Er bekennt sich zu dem Standpunkt, daß die Regelung des Arztverhältnisses zwischen Kassen und Ärzten der freien Vereinbarung überlassen bleibt und die bisherigen Ärztetätigkeiten, Wogotits usw. zu vermeiden sind. Diesem Standpunkt kann man sich durchaus anschließen, selbst wenn man auch den Ärzten im Erwerbskampfe eine nachdrückliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen wünscht, die ja auch der neue Verband nicht vernachlässigen will. Vor allem sollten Ärzte auf eine Ausdehnung ihres Wirkungskreises dringen. In der Wohnungsaufsicht, Fabrikarbeitsaufsicht, Fürsorge für Schulkinder und auf verschiedenen anderen Gebieten ist für die ärztliche Tätigkeit im Interesse der Volksgesundheit noch ein großes Feld frei. So hatten von den 110 preussischen Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern nach der neuesten Statistik nur 77 eine ärztliche Überwachung der Schulkinder eingerichtet; meistens als Nebenbeschäftigung des Arztes. Auch in der Beaufsichtigung der Fürsorgeerziehung sollte den Ärzten mehr Einfluß eingeräumt werden. Überhaupt ist unsere Fürsorgeerziehung sehr verbesserungsbedürftig. Gewisse Vorkommnisse aus der jüngsten Zeit haben auch der preussischen Regierung jetzt diese Überzeugung beigebracht, und so hat sie denn mit den Provinzialverwaltungen Verhandlungen über eine bessere Beaufsichtigung der Fürsorgeerziehung angeknüpft. Von fachverständiger Seite wird verlangt, an solcher Aufsicht auch den Vormundschaftsrichtern zu beteiligen, und natürlich darf der Arzt nicht fehlen.

Diese Aufgabe richtig zu lösen, ist um so wichtiger, da zwar die Kriminalität der Erwachsenen in den letzten Jahren gesunken, jene der jugendlichen Versionen jedoch gestiegen ist. Nach der Reichskriminalstatistik hat sich die Zahl der verurteilten Jugendlichen von 51 498 in 1905 auf 55 270 in 1906 erhöht.

In ihren Mitteilungen konsequent, daß sie sich außerhalb der Erde aufhielten, über den ganzen Weltkreis gleichmäßig verteilt. Aber ich habe meine guten Gründe, gegen solche Mitteilungen äußerst mißtrauisch zu sein, weil die ernsthaften und distinktierten Behauptungen dieser Herrschaften sehr selten im Verhältnis zu dem vielen, offenbar neckisch gemeinten Unsinn, mit dem sie uns gegenwärtige Menschen zu frohen belächeln. Man blättere nur einmal die Sitzungsberichte spiritistischer Gesellschaften durch, und man wird sehr häufig den Namen weltberühmter erlauchtester Geister begegnen, die einen höchst betrüblichen Unsinnszusammenfassen, aus dem mir nichts anderes als ein schmerzhaftes Schreien, als daß diese angeblichen Napoleon, Julius Caesar, Apostel Paulus, Prof. Dr. Emanuel Kant usw. sich durchaus auf der bescheidenen Geisteshöhe des jeweils zitierten Mediums bewegen. Es scheint mir der Medienschaft wie mit den Lotteriegewinnen zu gehen: die Ausertwählten der Gnade sind meist kleine Leute, aus dem Stande der geistigen Armen entstammend, intellektuell Minderbemittelte, ältere Dämchen, die niemals vom tiefen Denken Schadelweh bekommen haben. Die Geister, die sie zu rufen imstande sind, geben ihnen entweder an Bedeutungslosigkeit nichts nach, oder sie beweisen ihre Überlegenheit echt kolossalartig durch ihre durchdringende Frohelei. Denn wenn man die Mitteilungen jener Pseudo-Napoleons, Caesars, Paulusse und Kante als authentisch annehmen wollte, so müßte man das jenseitige Leben der Menschengeister als ein sicheres Verblüffungsinstitut ansehen, aus dessen Bereich keine Intelligenz unbeschädigt zurückkehren vermöge. Trübsalserweise nehmen nun aber unter der Leitung geistig besser gestellter Medien jene albernen Humors an. Zunächst einmal sind die Namen, die sich die Spirits auf Befragen selber bellegen, wohl sicherlich durchweg als mehr oder minder gute Witze zu betrachten. Jene oben charakterisierten medialen Strickstrumpfantanten werden stets von Spirits bedient, die sich entweder simple bürgerliche Vornamen oder eben die jener paar Allerweltsberühmtheiten bellegen, die jedem Schulbuben der unteren Klassen bereits geläufig sind. Wir haben bei unseren Experimenten mit diesem eigenartigen Humor der Spirits die dröckigsten Erfahrungen gemacht. So zum Beispiel legte sich bei verschiedenen Gelegenheiten, bei denen sich unter den Zuschauern Jüder be-

und nach den vorläufigen Ziffern hat diese Steigerung auch 1907 angehalten. Es würde einen besondern Reiz haben, nach den Ursachen dieser trotz aller Jugendfürsorge gestiegenen Kriminalität zu forschen. Doch die seelischen Krankheitserscheinungen eines Volkes liegen nicht so klar und verhältnismäßig einfach wie seine physischen, bei denen der Arzt leichter den Boden erkennt, auf dem sie wachsen. Das ist namentlich bei der verheerendsten Volkskrankheit, der Tuberkulose, der Fall, die der ärztlichen Wissenschaft, was ihren Ursprung und Verlauf anlangt, kaum noch Geheimnisse bieten wird. Damit wird natürlich auch die Bekämpfung erleichtert, wenn dazu die erforderlichen Mittel vorhanden sind. An diesen fehlt es jedoch in einem der Verbreitung dieser Krankheit entsprechenden Umfange. Immerhin wird viel gegen sie getan. Nach dem Geschäftsbericht des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose waren im Frühjahr bei uns 99 Volksheilstätten, 34 Privatheilstätten, 18 Kinderheilstätten zu ihrer Bekämpfung im Betriebe, außerdem noch 92 Waidholungsstätten und 79 Anstalten für tuberkuloseverdächtige Kinder. Allein die Landesversicherungsanstalten haben im Kampf gegen diese gefährliche Volkskrankheit bisher 83 Millionen Mark ausgegeben; der genannte Verein hat für den gleichen Zweck und das laufende Jahr eine Ausgabe von etwa 330 000 Mark in Aussicht genommen.

Vom Auslande ist das Scheitern des zweiten französischen Poststreiks zu berichten. In Schweden, wo manche Städte, so auch namentlich Stockholm, unter den Umständen der kommunalen Arbeiter zu leiden hatten, beantragen die Stockholmer Stadtverordneten bei der Landesregierung, sie möge dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Gemeinden das Recht gibt, bei derartigen Streiks, sobald ein Notstand durch diese hervorgerufen wird, den männlichen Gemeindegewohnen innerhalb gewisser Altersgrenzen eine Verpflichtung zu persönlicher Arbeit aufzulegen. Man wies dabei auf die großen öffentlichen Gefahren hin, die durch Massenausstände kommunaler Arbeiter leicht entstehen könnten. Eine derartige kommunale Wehrpflicht würde allerdings ein starkes, aber nicht in allen Fällen wirksames Mittel gegen die Überspannung der Streikluft sein.

## Der Kampf um die Reichsfinanzreform.

### Die Kaffeeversteuerung.

Noch bevor die Verbündeten Regierungen mit ihrem Vorschlag auf Erhöhung des Kaffeezolles gekommen sind, haben die Konservativen, denen es ja überhaupt jetzt darum zu tun ist, in der Finanzreform einen Geschwindigkeitsrekord aufzustellen, den Entwurf einer Erhöhung des Kaffee- und Teezolles eingereicht, und die Mehrheit der Kommissionen mitgliedern steht auf dem Boden des Antrages. Er läuft bekanntlich darauf hinaus, daß der Zoll auf rohen Kaffee von 40 M. auf 60 M. pro Doppelzentner und der auf gerösteten Kaffee von 60 M. auf 80 M. erhöht wird.

Schon als zum ersten Male die Möglichkeit einer Zollsteigerung auftauchte, ist von den verschiedensten Seiten gegen diese Maßregel Stellung genommen worden, und insbesondere haben sich auch die kommerziellen Interessenten sehr entschieden gegen eine weitere Belastung des Kaffees ausgesprochen. Wenn einzelne dabei den Wunsch aussprachen, daß mit einer Steigerung des Zolles auf Kaffee zum mindesten auch eine Erhöhung des Teezolles Hand in Hand gehen müsse, so haben ja die Konservativen dieser Anregung jetzt entsprochen. Doch werden in Wirklichkeit damit die sachlichen Bedenken, die gegen die Steigerung des Kaffeazolles geltend gemacht wurden, nicht verringert, sondern vermehrt. Die Antragsteller in der Kommission gingen ja wohl

von dem Gedanken aus, daß die gleichzeitige Mehrbelastung des Tees im Interesse der Reichsfinanzen deshalb erforderlich, weil sich sonst möglicherweise der Teekonsum zu ungünstigen des Kaffeekonsums heben werde. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber die Arbeiter und der Mittelstand werden im Falle, daß die Verteuerung eintritt, den Kaffee nicht durch Tee, sondern durch Surrogate ersetzen, und man wird dann möglicherweise dazu übergehen, auch den Zoll auf diese in die Höhe zu schrauben, obwohl hier die Konkurrenz des Auslandes gering ist.

Aber auch schon an und für sich belastet der Kaffe Zoll die unteren Schichten der Bevölkerung verhältnismäßig weit stärker als besser situierte. Wilhelm Gerloff hat 1908 in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik auf Grund der Untersuchungen von 180 Haushaltungsbudgets festgestellt, daß die höchsten Einkommen denselben Kaffeeverbrauch hatten wie die niederen und daß nur die Schicht mit weniger als 800 M. Einkommen ein geringeres Quantum konsumierte. Gerloff berechnet aber, daß, da ja auch der von den oberen Klassen der Bevölkerung konsumierte teure Kaffee demselben Zollsatz unterliegt wie die mindereitigen Sorten, von je 100 M. Einkommen die Reichen 14 Pf. an Kaffe Zoll entrichten, die Wohlhabenden 18 Pf., der Mittelstand 46 Pf. und die Arbeiter 70 Pf. Diese soziale Ungerechtigkeit würde durch eine Zollserhöhung, der eine Verteuerung der Surrogate folgte, natürlich noch verschärft werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheitspartien des Deutschen Reichstags sich durch solche Erwägungen von der Durchführung ihrer Absicht werden abhalten lassen, und ebenso wenig wird die Rücksicht auf unsere handelspolitischen Beziehungen zu Brasilien sie bestimmen, auf dieses Stück aus ihrem Finanzreformprogramm zu verzichten. Es besteht also die größte Wahrscheinlichkeit, daß ihre Anträge so oder so Gesetzeskraft erhalten, und die Frage ist ja dann nur noch die, wann der neue Zoll in Kraft treten soll. Schon jetzt wird natürlich die Einfuhr im Hinblick auf die drohende Gefahr forciert, aber die Konservativen fordern ja, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auch der Kaffe Zoll, der sich im freien Verkehr in Deutschland befindet, einer Nachverzollung von 20 M. unterzogen werden soll. Nur Kaffee im Besitz von Haushaltungsvorständen, die weder Kaffee verarbeiten, noch mit Kaffee Handel treiben, unterliegt dem Nachzoll nicht, wenn die gesamte Menge nicht mehr als 10 Kilogramm beträgt. Wie diese Vorschlüsse praktisch durchzuführen sein sollen, ist vorläufig noch etwas schleierhaft, wenn man sich nicht entschließt, die „Kaffeelieferer“ aus der Zeit Friedrichs des Großen wieder auferstehen zu lassen. Aber wir haben uns ja an mancherlei gewöhnt, und es könnte weiter nicht wundernehmen, wenn auch dieser Vorschlag schließlich Gesetz würde. Die Konservativen werden es um so weniger an dem nötigen Eifer fehlen lassen, als es ihnen ja in diesem Punkte nicht nur um die Finanzreform, sondern zum guten Teil auch um ihren Profit zu tun ist. Ihnen ist viel lieber, wenn statt Kaffee Brandy getrunken wird und wenn im übrigen der deutsche Zichorienbau eine höhere Rente abwirft.

### Parfümsteuer oder Geheimmittelfsteuer?

Zu der von der Finanzkommission des Reichstags beschlossenen Besteuerung von Parfümerien schreibt man uns:

Die in dem Antrag nicht berücksichtigten Schwierigkeiten der Erhebung und die starke Beeinträchtigung von Interessen der kleinen Gewerbetreibenden legen den Gedanken nahe, an Stelle dieser Steuer eine weit ertragreichere und gerechtere zu setzen, zu der schon früher Anregungen an die zuständige Stelle ergangen sind. Und das ist die Besteuerung der Geheimmittel. Man muß dabei berücksichtigen, daß es sich um ein Steuerobjekt handelt, bei dem der wahre Wert in den meisten Fällen in gar keinem Verhältnis zu dem Preise steht. Nach einer vor 10 Jahren angestellten Erhebung belief sich der Umsatz in derartigen Mitteln auf weit über 30 Millionen; und man hat berechnet, daß dieser Umsatz sich inzwischen vervielfacht hat. England

offenbar nur unsere Vergangenheit und Gegenwart. Sowie man sie über die Zukunft befragt, schießt ihre Phantasie Purzelbäume, und sie verlegen sich wieder auf das bei ihnen so beliebte Frohelei. Man lasse also solche Fragen ganz aus dem Spiel, denn die Antworten können bei anglickischen Gemütern nur Unheil anrichten. Mit besonderer Vorliebe äußern sich die Spirits gefragt und ungefragt über die unserer Kontrolle absolut entzogenen jenseitigen Dinge. So sagte uns zum Beispiel jener Ufflas am Schluß einer Sitzung: „Bin heute zum erstenmal bei euch erschienen. Dimension schwer zu verlassen. Viel schwerer Gestaltene liegen vor Ausgang zur Erde.“ Ebenso wurde uns ein anderes Mal die Auskunft erteilt, ein gewünschter Geist könne nicht zur Erde kommen, da er zu schwere Todespein gelitten habe. Von Nießche, nach dem wir uns einmal erkundigten, hieß es, sein Geist schwebte über Nebel stehend. Und jüngst erst bekam ich auf folgende Fragen folgende Antworten:

Fragen: „Wissen die Geister unserer Verstorbenen von uns? Begleiten sie uns? Gibt es eine Möglichkeit, mit ihnen zu verkehren? Warum bekommt man meist so nichts-fagende Antworten?“

Antworten (auf alle die notierten Fragen ohne Pause hintereinander geschrieben): „Sterben ist Eingang zur wahren Ewigkeit. — Gewiß. — Wir finden uns in guten Stunden. Wir lesen uns im Raum. Wir sind eine Art Sepsenier, für euch unklar, unklar uns selbst. — Dürfte ich reden, du fragst? nie mehr. Ex est.“

Man sieht, es ist der uralte Orakelton. Ein sorgfältiges Ausweichen vor präzisen Fragen, ein geschicktes Verbunkeln und Verallgemeinern. Die griechische Pythia, die römische Sibylla, die indischen Jogis und unsere abendländischen Spiritisten von heute — sie sprechen alle dieselbe Sprache. Diese Spirits reißen unsere Neugier und pflanzen unseren Glauben durch oft erstaunlich zutreffende Auskünfte über unsere persönlichen Angelegenheiten und durch ihre Kenntnis unserer Vergangenheit. Aber sobald wir von ihnen Aufschluß verlangen über die Welt, die unserem Erkennen verschlossen sind, führen sie einen Trübsinn vor uns auf, der uns nur in den Sumpf finstlichen Aberglaubens verlocken kann, wenn wir diesen Lockungen nicht die ruhige Sicherheit eines wirklich freien Geistes entgegenzusetzen haben. Aus diesem wunderlichen Phänomen geht nur das eine als Ge-

fanden, der schreibende Spirit stets den Namen eines illustren Glaubensgenossen bei. Einmal war es Spinoza, das andere Mal Mahabhar. Als bei der letzteren Gelegenheit der Herr, dem diese Höflichkeit gelten sollte, ein Privatdozent der Philosophie, nachdem der Spirit die Buchstaben „Has“ geschrieben hatte, belustigt ausrief: „Ach so — natürlich „Hasver!“ da drehte das Tellerchen vor dem Buchstaben v wieder um, fuhr ein paar Mal hin und her und buchstabierte dann weiter „ver“. Ein anderes Mal, als ich gerade in germanistischen Studien tief vergraben war und mit meiner Frau im Laufe des Tages von Ufflas gesprochen hatte, nannte sich am selben Abend der zitierte Spirit Ufflas. Wir gingen auf den Scherz ein und fragten ihn nach seinen weiteren Erlebnissen im Jenseits, worauf wir die Auskunft erhielten, daß er sich dank der Nachsorge recht wohl befände und einen guten Posten als Vonzje in Niffhelm erwirkt habe. Meine Frau titulierte er „Juderoff“. Und auf die Bemerkung, daß er sich offenbar einen recht guten Humor bewahrt habe, erwiderte er: „Gott sei Dank, ja!“ Ein anderes Mal erlaubte sich so ein Spirit allerlei dumme Scherze mit uns, indem er zum Beispiel erklärte, er sei Berliner und zum Beweise dessen das Zitat „Pantow, fülle, fülle Pantow“ buchstabierte. Als wir uns solche schlechten Scherze verboten, antwortete er mit einem zweiten Zitat, Scherze verboten, antwortete er mit einem zweiten Zitat, und zwar mit jenem allerbekanntesten aus Odv von Verlichingen — er schrieb es aber sauber aus und schenkte uns keinen Buchstaben, indem er zur Erklärung seiner Grobheit noch hinzufügte, er könne uns nicht leiden.

Wenn man den Psychographen nur zur gefälligen Unterhaltung in Bewegung setzt oder selber mehr zum Übermut als zum Ernst aufgeleitet ist, wird man wohl immer mit mehr oder weniger Witz und Scherz von den Spirits getroffen werden und auf irgendwie bedeutsame Mitteilungen nicht zu rechnen haben. Etwas ganz anderes ist es, wenn man sozusagen mit ehrlichen Absichten, gesammelt und festlich gesammelt aus Wert geht. Wir haben bei solchen Gelegenheiten beispielsweise sehr treffende Charakteristiken und nahesteher Personen und Hinweise für unser Verhalten zur besseren Gestaltung unserer Zukunft bekommen, die eine gute Kenntnis unserer Eigenart, unserer Hoffnungen und Befürchtungen verteilten. Prophezeiungen sind allerdings bisher noch nicht eingetroffen, und man darf dergleichen von den Spirits auch nicht verlangen. Sie kennen

und Japan ziehen sehr erhebliche Einnahmen aus dieser Steuer. Die einzige Schwierigkeit liegt gegenwärtig darin, daß für den Begriff „Seheimmittel“ eine Definition noch nicht besteht. Aber der Entwurf des Kurpfuschereigesetzes sieht bereits eine Kommission zur Prüfung von Arzneien und Seheimmitteln vor, die dem Reichsgesundheitsamt angegliedert werden soll. Es wäre daher wohl möglich, schon durch ein Steuergesetz für Seheimmittel eine solche Kommission ins Leben zu rufen. Für die Besteuerung kämen in Frage alle Patentmedizinen und Spezialitäten, die gepackt und gebrauchsfertig in den Handel kommen. Die technische Durchführbarkeit der steuerlichen Erfassung solcher Mittel ist zweifellos einfach, da ihre Herstellung und ihr Vertrieb an sich schon einer staatlichen Kontrolle unterliegt. Und der Steuerertrag, der fast ausschließlich von den besitzenden Kreisen aufgebracht würde, kann bei dem hohen Verkaufspreis der Seheimmittel sehr ergiebig gestaltet werden.

\* Die Verhandlungen hinter den Kulissen. Wegen der Gestaltung der Reichsfinanzreform finden, wie uns von unterrichteter parlamentarischer Seite berichtet wird, auch jetzt unter der Hand Verhandlungen zwischen der Regierung und einzelnen Parteiführern statt, die sich vornehmlich auf ein Kompromiß zwischen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und den Konservativen beziehen. Es ist hierbei auch der Gedanke aufgetaucht, im Falle eine Einigung hinsichtlich der Erbschaft- und Brantweinsteuer ufm. nicht zustande kommt, von dem vorgezeichneten Mantelgesetz nur die Konsumsteuern zu erledigen, während die direkten Steuern einer Beschlußfassung erst in der nächsten Session unterliegen sollen. Im übrigen soll die freisinnige Fraktionsgemeinschaft bereit sein, in irgend einer Form den Wünschen der Konservativen entgegenzukommen, und man hofft, daß diese, oder wenigstens ein Teil derselben, für eine solche Steuer in sehr verbesserter Form zu haben sein werden. Innerhalb der freisinnigen Fraktion herrscht nur noch Meinungsverschiedenheit darüber, ein wie hoher Ertrag von der Erbschaftsteuer verlangt werden soll, für die man bereit ist, noch weiter an der Reichsfinanzreform positiv mitzuarbeiten. Es ist auch bezeichnend, daß in den Verhandlungen, in denen freisinnige Abgeordnete reden (z. B. Abg. Bachnide in Ludwigslust), nicht mehr von Erbschaft- oder Nachlasssteuer die Rede ist, sondern nur von einer „Besitzsteuer“. Anscheinend geschieht dies, um die Wähler allmählich an die gegebene Lage zu gewöhnen und vor ihnen gerechtfertigt zu erscheinen.

## Deutsches Reich.

4. 60jähriges Jubiläum des preussischen Wahlrechts. Am 30. Mai feierte das preussische Wahlrecht sein 60jähriges Jubiläum. Es gelangte im Jahre 1849 durch Erlass des Königs Friedrich Wilhelm IV. bekanntlich zur Einführung und wurde später durch das auf Grund des neuen Wahlrechts gewählte preussische Abgeordnetenhaus sanktioniert.

Δ Die Reform des Hebammenwesens. Die Reform des Hebammenwesens, die von der Regierung vorgelesen war, ist wie wir von unterrichteter Seite erfahren, im Fortschreiten begriffen. Bezüglich der Dauer des Hebammenkurses, die in den einzelnen Landesstellen unterschiedlich bemessen war, hatte man bekanntlich ausgleichende Vorschriften erlassen. In der größten Mehrzahl haben auch die preussischen Hebammenlehranstalten einen auf neun Monate bemessenen Kursus schon eingeführt. In den Provinzen sollen noch besondere, etwa alle fünf Jahre stattfindende Kurse, die drei bis vier Wochen

dauern, zur Fortbildung der Hebammen eingerichtet werden. Was die Hebung der materiellen Lage der Hebammen anbelangt, so werden in diesem Jahre die Beihilfen an leistungsschwache bedürftige Kreise verteilt werden, wofür im Etat Mittel (100 000 M.) ausgesetzt sind. Diese staatlichen Beihilfen werden nur den Kreisen gewährt, die das Hebammenwesen statutarisch geregelt haben, d. h. die sich hierdurch bereit erklärt haben, ihren Hebammen im Bedarfsfalle eine ausreichende Sicherstellung zu gewährleisten. Diejenigen Hebammenlehranstalten, die gegenwärtig noch kürzere Lehrkurse abhalten, werden im Laufe der nächsten Jahre gleichfalls zu den neunmonatigen Kursen übergehen.

Δ Patentgesetzrevision und „Wert des Patentes“. Bei der Revision des Patentgesetzes von 1891 wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besonderer Wert darauf gelegt werden, daß das Prüfungsverfahren vor der Patenterteilung und damit der Wert der Patente gegenüber dem Inland und vor allem auch dem Ausland in keiner Weise herabgesetzt oder beeinträchtigt wird. Die Revision bezweckt vor allem eine Vereinfachung des Prüfungsverfahrens, um eine Beschleunigung der Patenterteilung unter Ausschaltung aller bürokratischen Hemmnisse zu erreichen. Das Verkehrsinteresse soll durch die Revision mehr wie bisher gewahrt werden, was hauptsächlich durch Beschleunigung und einfachere Gestaltung des sogenannten Vorprüfungsverfahrens und des Abteilungsverfahrens, das kollegialisch betrieben wird, geschehen wird. Seit einiger Zeit hat man im Patentamt einige derartige Neuerungen, die voraussichtlich in dem neuen Gesetz zur Anwendung kommen werden, eingeführt. Auch der Patentschutz der technischen Angelegenheiten ufm. wird bei der Revision zur Sprache kommen. Bekanntlich ist die Frage, inwieweit solche Angelegenheiten auf ihre eigenen Erfindungen haben, wenn sie auf Grund der in den Verträgen ihrer Arbeitgeber gemachten Erfahrungen und mit technischen Mitteln, die sie dort vorfinden, solche machen, eine heikle und keineswegs geklärte.

× Das Kurpfuschereigesetz. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird behufs Festsetzung des Entwurfs eines Kurpfuschereigesetzes für das Reich zwischen den beteiligten Ministerien und Ämtern gegenwärtig noch verhandelt. Der gegenwärtige Stand der Arbeiten läßt die begründete Annahme zu, daß der Entwurf im Herbst dieses Jahres an den Bundesrat zur Beratung gelangen wird. Es ist demnach mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß er in der nächsten Session den Reichstag beschäftigen wird.

NPT. Fürst Eulenburgs Vabereise. Über die Rechtsfrage der Auslandsreise des Fürsten Eulenburg schreibt man uns von unterrichteter Seite: Der Haftbefehl gegen den des Meineids Verdächtigen war bekanntlich erlassen wegen Kollisionsgefahr und Fluchtverdacht. Nachdem durch den Abschluß der Voruntersuchung die Kollisionsgefahr beseitigt war, hob das Kammergericht auf Grund des § 117 der Strafprozeßordnung in Höhe von 100 000 M. bewirkt war. Nun bestimmt aber § 119 der Strafprozeßordnung, daß ein Angeklagter, dessen Freilassung gegen Sicherheitsleistung erfolgt ist, wenn er nicht im Deutschen Reich wohnt, verpflichtet ist, eine im Bezirk des zuständigen Gerichts wohnhafte Persönlichkeit zur Empfangnahme von Zustellungen zu bevollmächtigen. Hiernach ist Fürst Eulenburg sogar berechtigt, dauernd seinen Wohnsitz im Auslande zu nehmen. Trotz der Sicherheitsleistung ist aber nach den Bestimmungen des nächsten Paragraphen ein Angeklagter zur Haft zu bringen, wenn er Anstalten zur Flucht trifft, auf eine ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, oder wenn neue herorgetretene Umstände seine Verhaftung erforderlich machen. Keine dieser Voraussetzungen treffen auf den Fürsten Eulenburg

bisher zu, da er den Aufenthaltsort dem Gericht bekannt gab. Rechtliche Bestimmungen irgendwelcher Art stehen daher der Reise nach Gastein nicht entgegen. — Andererseits aber darf man annehmen, daß die physische Möglichkeit dieser Reise auf die Entscheidung über die Frage der Verhandlungsfähigkeit nicht ohne Einfluß sein wird.

□ Das Vorgehen gegen die Animmierkneipen. Im Landtag wurde bekanntlich ein Antrag gestellt, der eine schleunige Einführung gesetzlicher Maßnahmen gegen das Animmierkneipenwesen forderte. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, ist zu erwarten, daß nicht nur die Landesregierungen hiergegen vorgehen, sondern daß auch demnächst reichsgesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die hierfür einschlägig sind. In der Novelle zur Gewerbeordnung wird voraussichtlich eine Bestimmung Aufnahme finden, wonach es den Landesregierungen überlassen bleibt, bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Animmierkneipen zu treffen. Wenn daher die Regierungen bisher im Verwaltungswege das Unwesen nach Möglichkeit zu beschränken suchten, so würde ihnen in Zukunft auf Grund der Gewerbenovelle freistehen, besondere Maßregeln zu treffen, die dem Animmierkneipenwesen steuern sollen. Es wird sich in der Hauptsache darum handeln, die Annahme von Kneipen ufm. an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, zu beschränken oder auszuschließen.

sh. Kongreß der deutschen Naturheilvereine. Unter Teilnahme von etwa 2000 Anhängern der Naturheilmethode hielt im Hamburger Konzerthaus der Verband der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise seine 9. Bundesversammlung ab. Die Naturheilvereine Deutschlands, Österreichs und der Schweiz hatten etwa 200 offizielle Delegierte zu den Verhandlungen entsandt, die unter Leitung des Vorsitzenden, des Kaufmanns Braun-Berlin, standen. Als Ort der nächsten Bundesversammlung wurde Frankfurt a. M. gewählt. Über „Die Stellung der Naturheilbewegung zu den Aufgaben der Jugend- und Volkserziehung“ sprach der bekannte Prof. Dr. Paul Föhrer-Berlin. Es sprachen noch Dr. Klein-Berlin über „Die Aufgaben eines Krankenhauses für Naturheilmethoden“ und Schirmermeister-Berlin über „Die Stellung der Naturheilvereine zur Kurpfuschervorlage“. Mit dem Kongreß war eine Ausstellung von Artikeln, die sich auf die Naturheilmethoden beziehen, verbunden.

sh. 10. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege. Unter zahlreicher Beteiligung von Lehrern und Lehrerinnen, Ärzten, Sozialpolitikern und Vertretern kommunaler Behörden trat in Dessau im Krüppelpalast der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege zu seiner 10. Jahresversammlung zusammen. Der Vorsitzende des Vereins, Schulrat Dr. Erhard-Hannover, begrüßte die Teilnehmer an den Verhandlungen namens des Vorstandes. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem wichtigsten Thema „Schutz der Augen in Schule und Haus“. Der pädagogische Referent hierzu war Lehrer Hermann Graupner-Dresden. Das gleiche Thema behandelte vom militärischen Standpunkte aus Hauptmann a. D. v. Jiegler-Rummelsburg.

sh. Kongreß der Anarchisten Deutschlands in Leipzig. Den größten Teil der weiteren Tagung nahm die Beratung über die Stellung der Anarchisten zum Syndikalismus und zu den Gewerkschaften ein. Das Thema zeitigte endlose Debatten. In den meisten Neben kam eine äußerst scharfe Stellungnahme einmal gegen die Gewerkschaften, andererseits gegen die Anarchosozialisten zum Ausdruck. Es wurden hierzu mehrere Anträge und Resolutionen angenommen, die die Taktik der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften vertiefen.

\* Über die Ermordung der beiden Forschungsreisenden Brumhofer und Karl Schmidt in China gehen der „Edinb. Jg.“ briefliche Mitteilungen aus Shanghai zu, wonach es zweifelhaft erscheint, ob die Reisenden für ihr gefährvolles

wirkheit hervor, daß es ein individuelles Fortleben der Seelenkräfte nach dem Tode geben muß. Bekanntlich hat die alte indische Weisheit für alle die uns wunderbar dünken die Phänomene des Okkultismus eine Erklärung bereit durch ihre Theorie von den sieben Seelen, die gleich Zwiebelhäuten das menschliche Individuum einhüllen und nach dem Zerfall des materiellen Kerns, also des vergänglichsten Körpers, mehr oder minder selbständige Funktionen auszuüben beginnen sollen. Ich habe mir diese Theorie des öfteren von Theosophen auseinanderlegen lassen, muß aber gestehen, daß ich immer noch nicht so recht flug daraus geworden bin, was aber selbstverständlich die Anerkennung nicht ausschließt, daß in diesem Punkte zum mindesten die altindische Wissenschaft unserer abendländischen Philosophie weit voraus sei.

Aber wir Abendländer selbst sind schon einmal viel weiter in der Erkenntnis gewesen als unsere heutige Wissenschaft. Denn die Metaphysik unserer altgermanischen Armanenschaft beruhte auf der Erkenntnis der Einheit und Unzerstörbarkeit von Geist und Stoff, sowie auf der Erkenntnis des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft, von dem überall in der Natur jutage tretenden Vergehen zum neuen Entstehen.\*) Zweifelloß würden wir im Begreifen der natürlichen, das heißt der gesetzmäßigen Bedingungen dieser und anderer uns heute noch wunderbar dünkender Erscheinungen gegenwärtig unendlich viel weiter sein, wenn nicht das gewalttätige und aufbegehrende Christentum die natürliche Entwicklung unserer Erkenntnis dadurch gehemmt hätte, daß es Glauben und Wissen in feindlichen Gegensatz zueinander brachte. Das germanische Denken kannte, bevor es in die kirchlichen Fesseln geschleudert wurde, keine Furcht vor Konsequenzen. Und das germanische Bewußtsein der sittlichen Verantwortung brauchte keine Erklärer, keine Fürsprecher, keine Vergebung aus göttlicher Gnade, weil es ja der Überzeugung lebte, daß das gegenwärtige Dasein immer nur ein Durchgangszustand der ewigen Seele sei, und daß übles Tun seine Strafe finde durch das Zurücksinken der seelischen Persönlichkeit in tiefere Ebenen, ebenso wie tüchtiges Tun seine Belohnung finde durch das Emporsteigen der seelischen Persönlichkeit in eine höhere Geistesebene bei der nächsten Auferstehung.

\*) Siehe hierüber die Schriften Guido v. List's, herausgegeben von der Guido v. List-Gesellschaft in Wien.

Auf Grund dieser altgermanischen, mit den altindischen sich vielfach berührenden Anschauungen scheint mir eine Erklärung für die mangelhafte intellektuelle Höhe der Geisteswelt, zu der wir in Beziehung zu treten vermögen, nahezu liegen. Die Geister, die sich in ihrem irdischen Dasein bereits über den Durchschnitt erheblich emporgearbeitet haben, werden eben bei ihrer Auferstehung in einer höheren Sphäre wandeln, zu der uns der Zutritt naturgemäß verboten ist. Mit uns können nur Geister verkehren, die uns gleichen, und die wir deshalb begreifen. Es erscheint doch plausibel, daß diese Spirits, die nichts Besseres zu tun haben als die Menschenkinder, mit denen sie sich in Beziehung zu setzen vermögen, zu frohen und durch orakelhafte Überweisheit zu umnebeln, bei irdischen Lebewesen oberflächliche, unbedeutende Menschen gewesen seien, die es eben versäumt haben, an der Kultur- und geistigen Entwicklung ihrer Seele zu arbeiten. Die Zwitterexistenz solcher Spirits mag wohl für sie so eine Art Fegefeuer bedeuten. Und daß sie ihre individuell unschriebenen Eigenschaften in dem Zwischenstadium nicht losgeworden sind, beweist die große Verschiedenheit des Temperaments und der Gemütsart, die aus den Mitteilungen dieser Spirits hervorgeht.

Durch einen Zufall bin ich darauf gekommen, die Möglichkeit einer Erklärung für das Zustandekommen der wunderlichen Geistes-telegraphie zu finden. Es ist nach meiner Meinung nämlich tatsächlich eine Telegraphie, und zwar eine drahtlose. Die physikalischen Bedingungen dafür sind vorhanden. Ich versuche einst mit meiner Frau, das Zeller auf einem Tisch mit einer Metallplatte schreiben zu lassen. Wir bewiesen reichlich viel Geduld, aber das Zellerchen rührte sich nicht. Da kam ich auf den Gedanken, meine Schreibunterlage, also einen Block Zischpapier, auf Pappe montiert, zwischen die Metallplatte und den Folienbogen mit dem Alphabet einzuschleiben — und sofort entwickelte der Zeller eine eifrige Tätigkeit. Ich meine, daß diese Erfahrung ganz deutlich für den elektrischen Charakter des Phänomens spricht. Vermutlich beruht auch die Mediumschaft auf einer ungewöhnlich starken Produktion von tierischer Elektrizität. Meine Frau ist zum Beispiel imstande, durch Reiben des Körpers mit der Wäsche, die sie tagsüber auf dem Beise gehabt hat (die aber keine Spur von Baumwolle enthalten darf), starke elektrische Entladungen hervorzubringen. Beim Zusammenballen knistert der Stoff (am besten feinstes Batist) von überspringenden Funken so stark wie sonst nur trodenes

Frauenhaar, wenn man es mit einem Gummihamm klopft. Und das Leuchten im Dunkeln ist so stark wie das von Gegenständen, die man mit Fluoralzium oder Phosphorpräparaten getränkt hat. Nun stellen aber bekanntlich nach den neuesten anatomischen Forschungen die Endungen unseres Gangliensystems im Gehirn richtige elektrische Apparate dar — wie man denn überhaupt immer mehr dahinterkommt, daß die Tätigkeit unserer Muskeln von der Bewußtseinszentrale im Gehirn und im Rückenmark durch die Drahtleitungen der Nerven elektrisch reguliert werde. Liegt da nicht die Vermutung nahe, daß das Gehirn des elektrisch geladenen Mediums gewissermaßen eine magnetische Empfangsstation darstelle, und daß elektrische Wellen von einer besonders auf die Empfangsstation eingestellten Sendestation aus, die sich vielleicht gar nicht einmal auf unserem Planeten zu befinden braucht, imstande sein sollte, die Nerven des Mediums zu einer mechanischen Leistung zu veranlassen? Eine Kraftausgabe des Mediums findet dann offensichtlich statt. Meine Frau fühlt zum Beispiel im Verlauf der Sitzung ihre Arme immer schwerer werden und dann ein Kältegefühl von den Händen aufwärts steigen. Wird der Versuch in diesem Stadium nicht abgebrochen, so tritt regelmäßig eine tiefe Ohnmacht ein (nicht Trance), die manchmal sogar von Kataklypsen der Extremitäten begleitet sein kann. Wir tappen ja über das eigentliche Wesen der Elektrizität noch ebenso sehr im Dunkeln wie über die merkwürdigen Erscheinungen der Radioaktivität, der Kathodenstrahlen usw. Es sollte mich nicht verwundern, wenn eines Tages die Wissenschaft die Überzeugung gewänne, daß alles Leben letzten Grundes eine elektrische Erscheinung sei. Die Elektrizität als Lebensprinzip würde dann vermutlich zwischen geistigen und mechanischen Leistungen einen auf-fallenden Parallelismus nachweisen können. Und im Lichte einer solchen Erkenntnis würde dann auch wohl aus dem zweiten Gebiete dessen, was uns heute noch okkult, daß heißt unserem Begriffsvermögen verborgen erscheint, das Wunderbare mehr und mehr verschwinden. Die Natur ist ja eben das unwandelbare Gesetz. Sie kennt kein Wunder.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, mein beschöneres Tatsachenmaterial und meine Ausführungsversuche der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten, in der Hoffnung, daß ich außer dem Spott der ach! so Aufgeklärten vielleicht doch auch den Dank mancher selbständigen Denker und Verufenen Forscher dafür ernten könnte.

Unternehmen genügend vorbereitet und ausgerüstet waren. Die von ihnen besetzten Gebiete führen durch Gegenden der räuberischen Ureinwohner, weshalb diese Gebiete nur in größeren und stark bewaffneten Karawanen bereist werden. Die beiden Deutschen sollen von dem Stamm der Lufu ermordet worden sein. Jedenfalls wäre ein vorsichtigeres Umgehen mit den Wilden mehr am Platze gewesen. Die erste Nachricht brachte die französische Mission in Weihsü, worauf die chinesische Regierung sofort anordnete, daß die Schuldigen bestraft würden.

\* Erste Konferenz der chemischen Arbeiter Deutschlands. Am Gewerkschaftshause in Frankfurt a. M. fand an den beiden Pfingstfeiertagen die erste Konferenz der chemischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands statt. Den ersten Vortrag hielt Professor Dr. Sommerfeld-Berlin über die Vergiftungsgefahren in den chemischen Fabriken. Der wesentliche Anteil an der Bekämpfung der gewerblichen Vergiftung fällt den Arbeitgebern zu, indem sie zunächst nach Möglichkeit giftige Stoffe durch ungiftige ersetzen. Eine wichtige Rolle fällt den staatlichen Aufsichtsbehörden, den Gewerbeaufsichtsbeamten, zu. Sie sollten durch gewerblich-technische geschulte Ärzte und durch sachverständige Arbeiter ergänzt werden. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit würde, wie der Redner weiter ergänzend bemerkte, zur Verminderung der Vergiftungsgefahren beitragen, weil die Abgestumpftheit der Arbeiter desto größer ist, je länger die Arbeitszeit dauert. Ein besonderes Kapitel bildet die Schadloshaltung. Der Arbeiter wird nur schadlos gehalten für Schädigungen, die durch plötzliche Betriebsunfälle verursacht werden, nicht aber für solche, die durch Gewerkekrankheiten entstehen. Und doch gehören auch diese zum Betriebsrisiko. Wir verlangen öffentlich-rechtliche Schadloshaltung. An den Vortrag schloß sich eine lange Diskussion, der durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht wurde, als noch 23 Redner gemeldet waren. Die Forderungen des Referenten fanden Zustimmung; man fügte noch die Auflösung der Bezirkskrankenkassen hinzu. In der Vormittags-Sitzung am zweiten Tage sprachen Redakteur Schneider vom „Proletarier“ über die wirtschaftliche Lage der chemischen Arbeiter und Reichstagsabgeordneter Wey über die Gesetzgebung und die Arbeiterkassen in der chemischen Industrie. Herr Schneider zog Vergleiche zwischen den Löhnen der chemischen Arbeiter und den Einkünften der Arbeiter. Zu diesem Referat lag eine Resolution vor, in der der erste Kongress der Arbeiterkassen der chemischen Industrie die Berufscollegen und Kolleginnen auffordert, sich unterzuziehen dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen, denn nur durch festen Zusammenschluß kann eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterkassen erreicht werden. Reichstagsabgeordneter Wey legte seinen Ausführungen folgende Sätze und Forderungen zugrunde: In der chemischen Industrie mehrten sich die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, dagegen ist der Ausbau des Arbeiterschutzes fast völlig zurückgeblieben. Die gewerblichen Vergiftungen bringen vielen Arbeitern frühen Tod, anderen Arbeitern Siedum, körperlichen und geistigen Verfall, den Familien der betroffenen Arbeiter aber Verarmung. Unverzüglich ist der Anstoß an die Organisation. Der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes wird beauftragt, folgende Material zu sammeln, das die Gesundheits- und Lebensgefährliche Arbeit in der chemischen Industrie belegt. Die Kollegen sind verpflichtet, ihnen bekannt gewordenen Material über Vergiftungen, Verletzungen, Explosionen usw. dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen. Die Konferenz gibt weiter der Überzeugung Ausdruck, daß auch der Staat ein Interesse daran hat, Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter zu schützen. Die Konferenz fordert daher: 1. Schärfste Überwachung aller zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen; 2. Erlass weiterer Schutzbestimmungen; 3. Reform des Versicherungsgesetzes und eine Reduzierung von 26 Stunden und für zwei aufeinander folgende Sonn- und Festtage von 60 Stunden in derselben Woche für Arbeiter in chemischen Fabriken, die an Sonntagen arbeiten müssen.

### Deutsche Kolonien.

Die Selbstverwaltung in Deutsch-Südwest. Zu der Frage der Selbstverwaltung in Deutsch-Südwest ist, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, soeben eine bemerkenswerte abändernde Verordnung des Reichstanzlers ergangen. Nach dem § 16 des Abt. 1 der Selbstverwaltungsverordnung vom 28. Januar 1909 sind wahlberechtigt alle über 25 Jahre alten, nicht der Schutztruppe angehörigen deutschen Gemeindeglieder männlichen Geschlechts, die wirtschaftlich selbstständig sind und ein Jahr lang ihren Wohnsitz im Gemeindebezirk haben. Durch die genannte neue Verordnung des Reichstanzlers ist die einjährige Frist auf zwei Jahre erhöht worden. Dieser Bestimmung kommt nach verschiedenen Richtungen hin eine weittragende Bedeutung zu. Ramentlich wird die Position der älteren Ansiedler bei den Wahlen wesentlich verstärkt, sowohl gegenüber dem Beamtentum wie gegenüber gewissen mehr oder weniger fluktuierenden Elementen, insbesondere in Hafenstädten. Die Zahl der wahlberechtigten Beamten ist durch diese Verordnung natürlich erheblich vermindert worden.

### Ausland.

#### Italien.

Nach Annahme des Marine-Etats und des veränderten Flottenplanes wird der italienische Marineminister, so meldet der „Messaggero“, sofort mit dem Bau von 20 Torpedobooten und eines Explorationschiffes beginnen lassen. Diese Schiffe sollen in 20 Monaten fertiggestellt sein.

#### Frankreich.

##### Wahlreform in Frankreich.

Trotzdem das französische Wahlsystem in ziemlich weitem Umfange den Bevölkerungsverhältnissen des Landes Rechnung trägt, hat es natürlich auch seine Schönheitsfehler, und zwar liegen diese in gleicher Richtung wie in Preußen-Deutschland. Kreiswahlkreise mit mehreren Hunderttausend Einwohnern und nur einem Abgeordneten gibt es hier allerdings nicht, denn in solchen Fällen wird die Zahl der Abgeordneten alsbald erhöht. Aber Zirkelwahlkreise sind auch in Frankreich vorhanden; der kleinste ist Barcelonnette mit rund 3500 Wählern. Da nun die seit langem geplante große Wahlreform, welche die Listen- und Verhältniswahl bringen und alle damit zusammenhängenden Fragen neu regeln soll, in dieser Legislaturperiode kaum mehr zustande kommen wird — die Kreiswahlen finden bereits im kommenden Jahre statt — so sollen jetzt wenigstens diese Zirkelwahlkreise ausgemerzt werden. Und zwar geht der dahingehende, zurzeit der Kammer vorliegende Gesetzentwurf von einer großen Anzahl Abgeordneter, nicht von der Regierung aus. Er nimmt nicht gar so ängstlich Rücksicht auf „wählerverlorene Rechte“, sondern schlägt vor, alle solche Zirkelwahlkreise mit dem kleinsten angrenzenden Kreise zu vereinigen und die dadurch ersparten Mandate in

Zukunft wegfällen zu lassen. Die Aussichten der Reform sind nicht schlecht.

#### Vereinigte Staaten.

Die Regierungseinnahmen im Monat Mai betrugen 53 332 000 Dollar, die Ausgaben 58 786 000 Dollar. Die Staatsschuld hat gegen den vorigen Monat um 4 246 000 Dollar zugenommen; der Vorrat des Schatzes beträgt 1 715 217 000 Dollar.

#### Peru.

##### Eine Operettenrevolution.

In Südamerika kann man bei Revolutionen noch immer eine neue Nuance erleben! Jetzt hat in Lima, der Hauptstadt von Peru, Isais Pierola, ein Verwandter des ehemaligen Diktators des Landes, mit einigen Getreuen den derzeitigen Präsidenten Augusto Leguia einfach aufgehoben und ihn auf den Inquisitionspatz (den Zentralpunkt des Ortes) geschleppt, damit er dort coram publico seine Entlassung gebe! Die Harce nahm leider ein blutiges Ende, denn die Truppen der Regierung erfuhren zu zeitig von dem, was vorging, befreiten den Staatslenker und feuerten blindlings auf die Menge, so daß etwa 40 Tote auf dem Plage blieben. Damit war die „Revolution“ vorüber...

### Aus Stadt und Land.

#### Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 3. Juni.

##### Landesverein preussischer Mittelschullehrer.

Montagnachmittag begannen in der „Allemannia“ in Frankfurt a. M. die Beratungen der 14. Generalversammlung des preussischen Vereins der Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen. Der Verbandsvorsitzende Rektor Breidenstein-Wiesbaden begrüßte die Vertreter der Regierung und der Frankfurter Schulbehörde. Im Namen des Frankfurter Vereins hielt sodann Rektor Vogel die Delegierten willkommen. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Schriftführer Dreher-Thorn wurde die Besoldungsfrage erörtert. Der Referent Lehrer Sommer-Halle kennzeichnete die Unsicherheit und Unstetigkeit der Gehaltsverhältnisse der Mittelschullehrer, ein Übel, dem nur durch gesetzliche Regelung abgeholfen werden könne. Seit 20 Jahren kämpfte man in diesem Sinne, bisher ohne Erfolg, und auch von der gegenwärtigen Landtagsession sei nach den Äußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten nichts zu erwarten. Doch dürfe man nicht müde werden, immer wieder die Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung für die Mittelschule und ihre Lehrer nicht nur von finanzieller, sondern auch von sozialer und kultureller Bedeutung seien. Der Referent formulierte diese Forderungen in folgenden zwei Thesen, die einstimmig zur Annahme gelangten:

1. Die Versammlung beschließt, Staatsregierung, Abgeordneten- und Herrenhaus von neuem zu bitten, die einheitliche gesetzliche Regelung der Besoldung der Lehrpersonen an Mittelschulen und Rektorschulen in der nächsten Landtagsession herbeiführen zu wollen. 2. Da angesichts der Bestimmungen des Beamtenbesoldungsgesetzes über das Dienstverhältnis der nicht akademisch vorgebildeten Lehrkräfte an den staatlichen höheren Lehranstalten eine volle Verwirklichung der Wünsche jetzt noch nicht möglich erscheint, so bittet die Versammlung, die gesetzliche Regelung der Besoldung der Lehrkräfte an den genannten Schulen so zu gestalten, daß die Besoldung keinesfalls geringer ist, als die der entsprechenden Lehrkategorien an den staatlichen höheren Lehranstalten, und daß das Gehalt der Mittelschullehrer in der Mitte steht zwischen dem Gehalt der Volksschullehrer und dem der Oberlehrer an den höheren Unterrichtsanstalten.

Am Montagabend wurde ein Antrag des Provinzialvereins Sachsen auf Gewährung der Vereinerkennung zum Eintritt in die mittleren Laufbahnen und die mittleren Fachschulen angenommen mit dem von Geh. Oberregierungsrat Schöppa empfohlenen Zusatz, es möge den Absolventen der Mittelschulen auch der Dispens von der Altersgrenze zur Ablegung des einjährigen Exams erteilt werden. Ferner wurde die Einsetzung eines Presseauschusses mit dem St. in Halle, dem Erscheinungsort des Vereinsorgans, beschlossen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Erfurt bestimmt.

Die Verhandlungen am Dienstagmorgen begannen mit einem Vortrag von Rektor Schmarje-Altona über den Lehrplan der neuklassigen Anabermittelschule. Dieser Lehrplan, so führt der Redner aus, muß wesentlich durch das Bildungsbedürfnis des Mittelstandes bestimmt sein, dem die Mittelschule dienen soll. Beschränkung im Stoff, klares Wissen und sicheres Können müssen hier der oberste Grundsatz eines vor allem praktischen Zwecks verfolgenden Unterrichts sein. Den gleichen Gedanken will Lehrer Rosenthal-Cöln dem Lehrplan der neuklassigen Mädchenschule zu Grunde gelegt wissen. Die sehr eingehende Diskussion dieser Referate führte zur Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung erklärt sich mit dem Inhalt der Vorträge grundsätzlich einverstanden und nimmt folgende Thesen zur Kenntnis: 1. Der Lehrplan muß dem Bildungsbedürfnis unseres Mittelstandes gerecht werden. 2. Er muß die Tätigkeit der Mittelschule in ihrem Verhältnis zum Unterrichtsbetrieb der Volksschule und dem der höheren Schule (Realschule) abgrenzen und kennzeichnen. 3. Er muß der einzelnen Schule diejenige Bewegungsfreiheit gewähren, die es ihr gestattet, sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen. 4. Die Entwicklung der Zeit verlangt eine größere Selbstständigkeit der Frau, sei es für einen Erwerbsberuf, sei es für ihre natürliche Stellung in der Familie als Gattin und Mutter. 5. Ein bedeutsames Mittel zur Herbeiführung dieser Selbstständigkeit ist eine erhöhte Bildung. 6. Während die höhere Mädchenschule mit ihren Verzweigungen der Frau die Erwerbsberufe eröffnet, die eine wissenschaftliche Vorbildung bedingen, soll der Lehrplan der mittleren Mädchenschulen dem Bildungsbedürfnis der mittleren Stände entgegenkommen. Er befähige das Mädchen, später eine Erwerbstätigkeit in Verwaltung, Handel oder Gewerbe einzunehmen. 7. Um diesen Zweck zu erfüllen, acbe der Lehrplan der Mittelschule einen selbst-

ständigen Charakter. Dem wissenschaftlichen Unterrichtsbetrieb der höheren Mädchenschule gegenüber betone er die Forderung des praktischen Lebens. Auf der anderen Seite gehe er in Auswahl und Umfang des Lehrstoffes sowie in der Dauer des Lehrgangs über das Maß der Volksschule hinaus. 8. Wie das Gymnasium (Frauenschuule und Seminar) sich an die höhere Mädchenschule anschließt und an vielen Orten eine Koch- und Fortbildungsschule der Volksschule angegliedert ist, so treffe auch der Lehrplan der Mittelschule für die aus der Oberklasse entlassenen Schülerinnen eine Veranstaltung, wodurch ihnen Gelegenheit gegeben wird, sich auf den Übergang ins Leben vorzubereiten. Dieser Aufbau richte sich in seinen Fachklassen eng nach den Verhältnissen des Schulorts. 9. Der Lehrplan der Rektorschulen muß sich an den Lehrplan derjenigen Schulen anlehnen, für die sie vorbereiten und das Bildungsbedürfnis des Mittelstandes nach Kräften unterstützen.

— Beisetzung. Die vielen Freunde und Verehrer unseres früheren Ober-Ingenieurs Richter, der in Gelle gestorben ist, wird es interessieren, zu erfahren, daß dessen Leiche am nächsten Freitag auf dem hiesigen Nordfriedhof beigesetzt wird. Ewald Richter war 30 Jahre im Dienste der Stadt segensreich tätig und er nahm am Aufblühen und Wachstum derselben regen Anteil. Ehre seinem Andenken!

— Der Verband der Vereine Kreditreform, e. V., welcher auch ein Bureau in Wiesbaden, Adolfsstraße 12, unterhält, ist eine internationale Vereinigung von Fabrikanten, Kaufleuten, Bankern und Gewerbetreibenden aller Branchen. Der Hauptzweck der Vereine Kreditreform besteht darin, eine zeitgemäße allgemeine Reform des Kreditwesens anzubahnen. Als eine erfreuliche Erscheinung ist es zu begrüßen, daß die Mehrzahl der Geschäftsinhaber die unbedingte Notwendigkeit der Kreditreform täglich mehr empfindet. Der Verband selbst unterhält heute über 750 offizielle Bureaus in Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich-Ungarn, Schweden und der Schweiz. Der hiesige Verein hielt am 21. Mai c. seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem uns vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im verflossenen Geschäftsjahr 13 794 schriftliche Auskünfte erteilt wurden, während die Zahl der mündlich erteilten das Doppelte, wenn nicht sogar das Dreifache übersteigen. Auch die Mahn- und Inzassobestellung wurde sehr rege in Anspruch genommen; von 1031 Posten im Gesamtbetrag von 94 943,31 M. wurden 738 Posten von 73 318,08 M. als geordnet gebucht, während die anderen teilweise bestrittene Forderungen, daher von der Weiterbehandlung ausgeschlossen wurden und der Rest einbringlich war. Auch im verflossenen Geschäftsjahr war die Mitgliederzahl eine steigende, sie beträgt heute 620. Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Ehr. Glaser, E. Merz, E. Otto-Biebrich, wurden wiedergewählt, während an Stelle des Herrn Rich. A. Meyer Herr Josef Baum, i. Fa. A. M. Baum, vorgeschlagen wurde, der auch das Amt annahm.

— Bund der Viehhändler Deutschlands. Aus den Verhandlungen des Vorstandes ist noch zu berichten: Die Königl. Eisenbahndirektion Elberfeld legt dem Bund die Frage vor, ob es sich nicht empfehle, in einem Nebentarif zum Deutschen Eisenbahn-Tarif eine einheitliche Gebühr für die bahnsseitige Beigabe von Viehbegleitern festzusetzen. Der Vorstand bejahte die Frage, ebenso erklärte er sich einverstanden mit den vorgeschlagenen Sätzen von 3 M. für den halben und 6 M. für den ganzen Tag, außer dem Fahrgehalt von 2 Pf. pro Kilometer. Im weiteren hegt man den Wunsch, daß für die Rückreise die Gebühr nach den zurückgelegten Kilometern berechnet, und daß nur dann bahnsseitig ein Begleiter beigegeben werde, wenn Betriebsbedürfnisse es unbedingt erforderlich machten. Ein Antrag des hiesigen Viehhändlervereins Mainz, dahin zu wirken, daß in Zukunft die Kälber während des Transports bei ihrer Mutter bleiben dürfen, erledigt sich durch die Bestimmung des Tarifs selbst, wonach für fängende Tiere die Festsetzungen betreffend das Getrennthalten der verschiedenen Vieharten keine Gültigkeit haben. Ein Antrag des Kurhessischen Vereins auf Gewährung einer Ausstadefrist von mindestens fünf Stunden wurde dem Vorstand als Material überwiesen; ein Antrag, das Bundesorgan in der Folge zweimal pro Woche erscheinen zu lassen, ebenso ein solcher auf Anstellung eines Syndikus gingen zur Vorprüfung an eine sieben-gliedrige Kommission. Nach einem weiteren Beschluß soll Nord- und Süddeutschland eine Vertretung im Bundesvorstand erhalten.

— Die Kirchengemeinde hat in den geschäftigsten Tagen der Rheingegend bereits ihren Anfang genommen. Sie verspricht einen reichen Ertrag, nur sind die Früchte infolge des späten Frühjahrs und der langen Trockenheit etwas klein geblieben. Dafür soll aber die Qualität um so besser sein. Die Preise sind jetzt schon sehr gedrückt; den Konsumenten ist das natürlich erfreulicher zu hören als den Produzenten. Auf dem Bahnhof Spay sind am Dienstag über 100 Zentner Kirchen aus den Gemarkungen Ober- und Niederspay verladen worden, die nach den großen Städten des Rheinlandes und nach Wiesbaden und Frankfurt gehen.

— Die Rheinwasserwärme beträgt zurzeit schon 15 Grad Reaumur, also Badetemperatur. In der vorigen Woche wurden sogar schon 16 Grad gemessen. Das langsam steigende Wasser hat jedoch eine weitere Erwärmung verhindert, wahrscheinlich, weil es durch den Eintritt der Schneeschmelze in der Schweiz verursacht wurde.

— Der Wasserstand des Rheins, welcher in den ersten drei Maiwochen von 2 Meter anhaltend bis auf 1,20 Meter gefallen war, befindet sich seitdem langsam, aber andauernd im Steigen, so daß man auf das Einsetzen der Sommerflut rechnen kann, die von der Schweizer Schneeschmelze herrihrt und allmählich bis in den Juli hinein anhält. Der augenblickliche Wasserstand im Rheingau zeigt eine Pegelhöhe von 1,50 Meter.

— Das Vogelnekt in Brieftaschen. In dem Brieftaschen am „Rathaus Balde“ an der Karstraße hat sich ein Mauerfischpärchen häuslich eingerichtet. Nachdem das Brutgeschäft glückselig beendet und ihm sieben Junge ihr Dasein verdanken, kann man sehen, wie die Eltern ohne Scheu die Anna der Brut ausführen.

Die städtische Baudeputation verabschiedet 1. die Lieferung von vier Winden (sogenannten Laufstufen) für das städtische Schlachthaus an die Maschinenfabrik Wiesbaden, 2. die Lieferung der Instrumente für die Akkumulator-Batterie des königlichen Theaters an die Elektricitäts-Gesellschaft vorm. C. Buchner hier, 3. die Schreinerarbeiten für den südlichen Musikpavillon im revidierten Lustgarten an W. Gail, 4. die Herstellung des Fußbodens (Schiffsboden) in diesem Pavillon an die Firma W. Gail, 5. des Brüstungsgeländers an Schlossmeister Wiemer und 6. die Anstreicherarbeiten an W. Durhard hier.

Verlagsschmidt wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte die Druckschrift „Lieb Vaterland...“ Roman aus dem Soldatenleben von Fritz Oswald Wisse, Wien und Leipzig 1905.

### Theater, Kunst, Vorträge.

**Stadtheater.** Das neue Programm hatte bei der Premiere einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Am die Stagespinnne im Soubrette-Restaurant ringen 6 Vertretungen der leichtfertigen Kunst; um den Soubrettepreis konkurrieren die best 8 Damen. Am ersten Tage erhielten im Soubrette-Restaurant Fräulein Orillon 38, Fräulein Hermant 37, Fräulein Denis 34, Fräulein v. Elban 28 und Fräulein Bostini 18 Stimmen. In der Schönschönkurrenz entfielen auf Fräulein Hermant 42, Fräulein Denis 35, Fräulein v. Elban 28, Fräulein Bostini 27, Fräulein Orillon 15 und Fräulein v. Dell 12 Stimmen. Im zweiten Teile des überreichen Programms erzielte der Humorist Hermann Rehrum stürmische Erfolge. Das Theater war nahezu ausverkauft.

**Königliche Schauspiele.** Goldmarcks große Oper „Die Königin von Saba“ geht heute in ihrer erfolgreichen Festspiel-Einrichtung in Szene; die Titelfigur singt die Kammerfängerin Frau Leffler-Burhard, während in den weiteren Hauptpartien Frau Müller-Weiß, Fräulein Krämer und die Herren Edwin, Kammerfänger Nalisch, Schütz und Schwalbe mitwirken. Die Aufführung findet bei erhöhten Preisen statt. — Für Sonntag, den 6. Juni er., ist eine Aufführung von R. Wagners „Lohengrin“ mit Herrn Kammerfänger Nalisch in der Titelfigur festgesetzt; als „Elza“ gastiert Frau Emma Ditz-Zimmermann von der königlichen Hofoper in München. Die nächste Wiederholung von Wagners festsitzender Oper „Der Walküre“ findet am Samstag, den 5. Juni, statt.

**Naturtheater im Steinbruch Kerol.** Wir machen darauf aufmerksam, daß auf allgemeines Verlangen der Beginn der heute Donnerstagabend stattfindenden Aufführung des Weisheitsstücks „Die Nibelungen“ von 4½ auf pünktlich 5 Uhr verlegt worden ist. Ende der Vorstellung 7½ Uhr. Der Bühnen- und geschmackvolle Einband sind in den hiesigen Buchhandlungen zum Preise von 1 M. das Stück erhältlich.

**Walhalla-Theater.** Auf das am Freitag, den 4. Juni, stattfindende Benefiz für Fräulein Luch Angler sei an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Zur Aufführung gelangt an diesem Abend der neueste Operetten-Schlager „Der Nibelungenkaiser“. Das Werk ist von Herrn Dinghaus und Herrn Kammerfänger Großkopf auf das sorgfältigste vorbereitet. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Angler, Greffin, Hall und Roßbach sowie der Herren Rosen, Felix, Dittmann. Karten zu dieser Vorstellung sind schon jetzt an der Theaterkasse von 11 bis 1 Uhr und ab 6 Uhr abends zu haben. — Am Samstag, den 5., und Sonntag, den 6. Juni, finden Wiederholungen dieser Operette statt.

**Die reichhaltige Portraitsammlung von Frau Zo Atteslander** im Salon Attenius bleibt nur noch einige Tage ausgestellt. Sie erregt mannigfachen Interesse, und die Künstlerin ist bereits mit mehreren ehrenvollen Aufträgen betraut worden, welche sie demnächst wieder für einige Zeit nach England führen werden.



In den vier Wochen seit Eröffnung der Ausstellung wurde letztere von 247 029 Personen besucht. Am Freitagabend hat der vierteljährliche Besucher seinen Eintritt genommen. — Am 2. Juni plant der Gewerbeverein Homburg v. d. S. einen Besuch der Ausstellung. — Auch der Gewerbeverein Kriegsfeld beabsichtigt in nächster Zeit, die Ausstellung einer Besichtigung zu unterziehen. — Am Montag, den 31. Mai, dem zweiten Pfingstfesttag, besuchte das Gewerkschafts-Komitee Wiesbaden die Ausstellung mit einer Teilnehmerzahl von mehreren hundert Mann. — Der Kronprinz Rangit von Stam, welcher in Bonn seinen Studien obliegt, besuchte am zweiten Pfingsttag unsere Ausstellung. — Am Samstag, den 12. Juni, plant die Ausstellungseleitung eine Ovation für die Veteranen und Krieger von 1870/71. Es wird ein historischer Armee-Marsch-Abend veranstaltet. Zum Schluss des Programms wird das große Schlachten-Potpouri von Sato ausgeführt. Außer der Kapelle der 808. Wirtel auch das Trommler- und Pfeiferkorps des Regiments mit. Der byrotechnische Teil des Programms ruht in den Händen des Hofmusikdirektors Claus-Wiesbaden. Das Panorama der Schlacht bei Gravelotte wird den Veteranen und Kriegern an diesem Tage den Eintrittspreis ermäßigen. Der Eintrittspreis zur Ausstellung beträgt an diesem Tag nur 50 Pf. — Die Schneider-Zwangsinnung Frankfurt a. M. plant, die Ausstellung in Wiesbaden gemeinschaftlich zu besuchen. — Vom 5. bis 8. Juni findet der 22. Verbandstag der Glaser-Zünngen Süddeutschlands statt. Am Montag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, wird eine Besichtigung der Ausstellung stattfinden. — Die freie Handwerker-Zunft Bad Kreuznach hat den nachschmerzhaften Beschluß gefaßt, jedem Mitglied, welches durch Abstempelung seiner Legitimationskarte den Besuch der Wiesbadener Ausstellung nachweist, 10 M. Zuschuß zu den Reisekosten zu gewähren. Der Besuch kann an einem beliebigen Tag erfolgen. In gleicher Weise hat die Zunft seinerzeit auch den Besuch der Ausstellungen in Köln, Kaiserslautern und Nürnberg unterstützt und ihren Mitgliedern dadurch außerordentlich wertvolle Anregungen verschafft. — Der Gesamtzuschuß des Deutschen Sängerbundes hält vom 1. bis 3. Juni hier eine Tagung ab und wird voraussichtlich den am 3. in der Ausstellung stattfindenden Gesangsabend in corpore besuchen. — Heute Donnerstag, den 3. Juni, soll wieder ein Gesangsabend mit Geländebelichtung, am Dienstag, den 8. Juni, ein Turnerabend stattfinden, zu welchem mehrere größere Turnvereine ihre Mitwirkung bereits in Aussicht gestellt haben.

### Raffanische Nachrichten.

uh. Em. 1. Juni. Herr Generaldirektor Lichtenbach tritt mit dem 1. Juli d. J. nach 48jähriger Tätigkeit von der Leitung des Emser Eis- und Silberbergwerks zurück. Anlässlich der letzten Generalversammlung

des Aufsichtsrats wurde Herrn Lichtenbach ein aus Emser Silber getriebener Pokal mit einer sinnigen poetischen Widmung überreicht. In derselben Generalversammlung wurde der Aufsichtsrat mit der Ernennung von Herrn Lichtenbach zum Mitglied des Aufsichtsrats der Grube „Stolberg“-Westfalen genehmigt.

1. Wiesbaden, 1. Juni. Herr Lehrer Krömer von Bergmann-Schulern ist vom 1. Juli hierher versetzt worden.

1. Herborn, 29. Mai. Herr Seminarlehrer Stenernagel, der früher an der hiesigen Präparandenanstalt tätig war und kurzzeitig einen Ruf nach Berlin abgelehnt, ist mit 1. Juli an dem Lehrerseminar in Hungen angestellt. — Da Herr Pfarrer Knip in Hungen (Westfalen) die Wahl zum 1. Pfarrer in Hungen nicht angenommen hat, ist eine zweite Wahl notwendig geworden. Man glaubte schon, die Pfarrgemeinde müsse auf eine Wahl verzichten, doch ist dies nach der Instruktion über Pfarrwahlen nicht der Fall.

Die Kahlweidlinge fliegen heuer so stark, daß sich die Stadterhaltung veranlaßt hat, auf das Fangen derselben kleine Prämien — 15 Pf. für 100 Stück — zu setzen.

Herr Pfarrer Hans Lindenhein, hier in Herborn als Vikar des Herrn Professor Dauten tätig gewesen, ist in Gleeberg einstimmig zum Gemeindepfarrer gewählt worden.

Die Arbeiten an der Heil- und Pflanzenschule gehen rüstig voran. Ein Bau ist bereits unter Dach; mehrere andere werden in den ersten Wochen folgen.

### Aus der Umgebung.

— Vom Rhein, 1. Juni. Für die zahlreichen Tunnel am Rhein, der Bahn und im Saargebiet ist ein neuer elektrischer Untersuchungsapparat eingeführt worden, der mit zahlreichen elektrischen Beleuchtungskörpern ausgestattet ist, so daß das Innere des Tunnels taghell erleuchtet wird. Rund 90 Glühlampen ermöglichen eine eingehende Besichtigung des Tunnelinneren und der Seitenwände. Wegen der bisherigen Untersuchungen bedeutet der neue elektrische Apparat einen sehr wesentlichen Fortschritt.

Ms. Marburg, 1. Juni. Zum neuen Präsidenten des Landgerichts der Universität Marburg wurde Herr Landgerichtspräsident Wuhl in Remel ernannt.

wh. Darmstadt, 2. Juni. (Privattelegramm.) Heute vormittag wurde der Regier Peter W. a. h. durch seinen Mieter, den Tapezierer Brode, weil er die Herausgabe der ihm gepfändeten Sachen verweigerte, durch Revolver-schüsse getötet. W. a. h. war auf der Stelle tot. Der Mörder, der angab, mit Überlegung gehandelt zu haben, wurde in Polizeigewahrsam genommen.

### Sport.

#### Eine Rhein-Mosel-Wanderung.

Der Rhein- und Taunusklub Wiesbaden, E. V., unternimmt nächsten Sonntag, den 6. Juni, seine 6. Hauptwanderung (Rhein- und Mosel-Wanderung). Abfahrt früh 6.05 Uhr nach Mainz, an Mainz 6.22, ab 6.33 mit Sonntagsfahrkarte 3. Klasse nach Boppard (8.10 M.), Ankunft 8.38 Uhr. Die Jahresfahrkarte der Bundesbahn (ab 8.59 Uhr) von hier nach Boppard, ist eine der schönsten Bahnfahrten Deutschlands, auf 7 Kilometer steigt sie 328 Meter, bietet die herrlichsten Aussichten auf ein Gewirr tiefer, malerischer Täler und schneegeformter Berge, und passiert in stetem Wechsel fließende Bäche in Eisen- und Steinbau, gewaltige Dämme und Leber auch ein halbes Dutzend Tunnel. In Boppard 9.30 Uhr. Der sofort angetretene Marsch führt abwärts stets durch Wald, erst in das flachere Tal des Simmersbaches, dann durch herrlichen Tannenforst in das Nibelungenbad, immer tiefer schlachtet sich das Tal in das Plateau des Dunsrücks ein, von links kommt in raschen Sprüngen der Solzbach und der Hauptbach des Tales, die Ehr. Nach einer Stunde steht man am Fuß des Berges, der das malerische Schloß Solzbach trägt, in ¼ Stunde ist man oben. Prachtvolle Aussicht auf das Nibelungenbad und weithin über Verge und Täler des Dunsrücks lohnt die Besteigung. Im Forsthaus beim Schloß mit ausgedehnten Terrassen findet von 10.5 bis 11.30 Uhr die erste Rast statt. Dann wieder hinab in das Tal an zwei Mühlen vorbei in die tiefe Waldschlucht „Ehrbachflaum“, die an zwei Stellen fast alpin genannt werden kann, ein jäherer, aber guter Stieg führt durch das tiefe Dunkel, und viele, oft sehr primitive Stege muß der Wanderer auf der ¼ Stunden langen Klammstrecke passieren, mehr wie zwei Personen sollen dieselben nicht betreten. Dann erdreht sich das Tal, rechts auf steilem Berg die stolze Ehrenburg, den Erben unseres nassauischen Freiherren von Grein (Gräfin Nibelungen) geformt, die schaute an Mosel und Rhein. Unser Weg führt unterhalb derselben im Tal weiter, durch den Weiler Ehrenburgertal mit altem Judenfriedhof, nach Drobach an der vielgewundenen, lieblichen Mosel. Der Rast von 1.45 bis 3.30 Uhr und einfaches, festes Mittagessen bei Konrad Probst in der „Rost“ und wahrscheinlich auch bei Joh. Probst 2 Minuten weiter unten im Dorf. Dann geht es Moselabwärts im schönen Tal dahin, bald gehen Wege rechts ab zur stolzen Burg Rheinfels oder Thuron, die auf steilem, sonnenbeschienenen Felsen das mauerumgürtete Dorf Alfen und das Nibelungenbad bei Lör und Kallens beherrscht. Interessante Burgenanlage mit zwei gewaltig ragenden Türmen, schöne Aussicht auf das Nibelungenbad, jetzt Privatbesitz, keine Besichtigung mehr. Ein schmaler Pfad führt hinab in das Allener Tal, der stellenweise nasse Weg führt zwischen steilen Berg- und Felswänden in ¼ Stunden (gute zwei Stunden von Drobach) hinab zum Weiler Pfaffenbede, 430 Meter hoch und frei auf dem Dunsrücks gelegen, schöner Blick auf die Eifelberge und das Nibelungenbad und den Raader See. Auf der Pfaffenbede bei Peter Löff kurze Rastpause um 6 Uhr, dann hinab durch schönen Dunsrücks (Bopparder Stadtwald) mit wunderbaren Ausblicken in die vielen, tiefen, tiefen oberen Verzweigungen des Nibelungenbades und auf die interessanten Burgenbauten der am Morgen besuchten Dunsrückslinie. Unser Weg, der „Eifelweg“, bringt uns stellenweise etwas steil rasch hinab zur Talsohle des Thomas- und Nibelungenbades, hübsche Brombeerenwege mit herrlichen Ausblicken auf Berg, Tal, Bach und die Stadt Boppard führen uns bald in legerer (gegen 8 Uhr), wo bei Mündener Vier oder anderem Trank und Speise die 5½- bis 7stündige Tour ihr Ende findet. Abfahrt wahrscheinlich 9.06 Uhr über Mainz, an 11.00 Uhr, ab 11.33 Uhr, an Wiesbaden 11.48 Uhr, eventuell über Camp 9.26 Uhr, an Wiesbaden 11.28 Uhr. — Führer sind die Herren Fr. Baumus und Ludwig Weyer. Teilnehmerkarten für Sonntagsfahrkarte Mainz-Boppard und das warme Frühstück in Drobach sind zu 4.50 M. (ohne Wein, aber inkl. Trinkgeld) an den bekannten Ausgabestellen bis Samstagabend (5. Juni er.), 6 Uhr, zu haben und können spätere Anmeldungen unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden.

\* Fußball-Pfingstspiele des „Sportvereins Wiesbaden“. „Sportverein“ 1 — Leipziger „Wader“ 1:2. Eine zahlreiche Zuschauermenge umarmte das Spielfeld des Sportplatzes, als sich am 2. Pfingsttag die beiden Gegner gegenübertraten. In der Hoffnung, ein schönes Spiel zu sehen, hatte man sich nicht getäuscht. In flottem Tempo greift die Sturmreihe der Leipziger das Wiesbadener Tor an, ohne es jedoch zu einem Erfolg bringen zu können, da die Verteidigung der Wiesbadener, vor allem der Torwächter, sehr schöne Leistungen zeigt. Bis zur Pause ergiebt keine der beiden Parteien ein Tor. Nach Wiederbeginn entwickeln die Leipziger, die im Felle die Überlegenheit waren, ein wunderbares Kombinationspiel, ein Sieg der Waderleute scheint nicht nur wahrscheinlich, sondern gewiß. Aber so schön auch das Spiel der Leipziger im Felle war, vor dem Tor des Gegners verlor sie, kein Ball fand den Weg ins Netz. Nach 12 Minuten Spielzeit bis zum Schluss, und noch immer hat keiner der beiden hartnäckig kämpfenden Gegner einen Erfolg erzielt. Da berührt ein Leipziger Spieler im Straf-

raum den Ball regelwidrig mit der Hand, der Schiedsrichter gibt aus leicht verständlichen Gründen keinen 11-Meter-Schuss, sondern freiließ für Wiesbaden. Der Ball, auf getreten, verurteilt vor dem Leipziger Tor ein Gedränge, aus dem heraus ein Wiesbadener Stürmer den Ball ins Tor schießt. Leipzig ist verblüfft. Mit Macht greifen die Leipziger an, um wenigstens noch gleich zu ziehen, doch das Glück ist ihnen nicht hold. Kurz vor Schluss kommen die Wiesbadener wieder vor das Leipziger Tor, wobei ein schöner Schuß des Mittelstürmers Wiesbaden den zweiten Erfolg bringt. Bald darauf macht der Schiedsrichter dem schönen aufregenden Kampf ein Ende. Die Leipziger Mannschaft, befehllich im Vorjahre der Meister von Mitteldeutschland, gefiel durch ihr schönes Kombinationspiel, wodurch vor allem die Sturmreihe glänzte. Seinen Sieg hat der Sportverein hauptsächlich seiner Verteidigung zu verdanken, sonst war die Mannschaft nicht auf der gewohnten Höhe, vielleicht trug daran die schon etwas große Hitze die Schuld. — Sportverein Wiesbaden 1b — Borussia „Mannheim“ 1:0:2, Sportverein Wiesbaden 1b — 1. Wiesbadener Fußballklub 1. und 2. kombiniert 7:0. Mit diesen hohen Resultaten konnte die 1b-Mannschaft ihre Gegner abfertigen. Besonders der schöne in Worms erungene Sieg verdient lobend hervorgehoben zu werden. Konnten doch die 1b-Mannschaften der besten Südkreis-Vereine gegen Worms ein solches Resultat nicht erzielen. Beispielsweise spielte Karlsruher Phönix 1b gegen Worms 5:2, Karlsruher Fußballverein 3:2, Mannheimer Fußball-Gesellschaft 1898 ebenso wie der „Frankfurter Engländer Fußball Club“ verloren sogar mit 2:3. In dem zweiten Spiel gegen die kombinierte Mannschaft des Wiesbadener Fußballklubs quitierte die 1b-Mannschaft des Sportvereins mit 7:0 über die furchtlich erhaltene Niederlage von 4:3.

sr. Das Meeting zu Stuttgart erreichte am Dienstag bei schönem Wetter und einem Massenbesuch sein Ende. Auch der König und die Königin von Württemberg wohnten den Rennen wiederum bei. Der Preis von Weil, ein mit 12 000 M. ausgestattetes Jagd-Rennen über 5500 Meter, die Hauptnummer des Programms, wurde leicht von Nolis unter Lt. Graf H. d. gewonnen. Fyling Clown führte anfangs vor Nolis und Enfant de Miraclo, der aber am Berg geschlagen angehalten wurde. In der Diagonale ging Nolis an die Spitze vor Fyling Clown, Souci und Dinetto II. Die beiden letztgenannten kamen an der Hürde zu Fall, wobei sich Souci die Hufe brach und erschossen werden mußte. Im Einlauf rühte Stalier gut auf.

r. Das Match Nolis-Stellbrink, das am Dienstagabend im Sportpark Treptow bei gutem Besuch ausgetragen wurde, endete mit dem Siege von Stellbrink (Brennabor), der zwei von drei Läufen gewann und im Gesamtergebnis 59,330 Kilometer zurücklegte gegen 57,070 Kilometer von Nolis. Auch den dritten Lauf über 30 Kilometer würde Stellbrink wahrscheinlich gewonnen haben, wenn er nicht durch einen Motordefekt bei 20 Kilometer seinen Vorprung von einer halben Runde und zwei weitere Runden verloren hätte. Stellbrink vermochte dann noch bis auf 70 Meter wieder zu Nolis aufzulaufen.

sr. Die Ergebnisse der Lastwagen-Konkurrenz, die vom Kaiserlichen Automobil-Klub und dem Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller in der Zeit vom 23. April bis 13. Mai gemeinsam veranstaltet wurde, liegen nunmehr vor. In Klasse 1 erhielten die Schweizer Firma Saurer die goldene und die süddeutsche Automobilfabrik Gaggenau die silberne Medaille. In Klasse 2 wurde die goldene gleich an Saurer und die silberne Medaille an Gaggenau gegeben, die bronzene Medaille erhielten Gebr. Steweert-Stettin. In Klasse 3 erhielt die Sanja-Automobil-Gesellschaft die goldene, die Brennaborwerke die silberne Medaille. In Klasse 4 fiel die goldene an Gaggenau, die silberne an die Adler-Werke, während in Klasse 5 die goldene Saurer, die silberne Medaille Gaggenau erhielt. In Klasse 6 fiel die goldene abermals an Saurer und in Klasse 7 ebenfalls, wo gleichzeitig Büffing und Eisenach Medaillen erhielten.

r. Meldeschluß der Kieler Woche. Für die diesjährige Kieler Woche sind insgesamt 81 Yachten gemeldet, von denen die Hälfte Neubauten sind. Das Ausland ist mit zehn Fahrzeugen gut vertreten, und zwar nannte Dänemark drei Yachten, Norwegen zwei, Belgien eine, Holland zwei, sowie Schweden und Frankreich je eine Yacht. Die Sonderklasse ist in diesem Jahre so stark wie noch nie zuvor besetzt. Von den 19 Yachten sind gemeldet „Angela IV“ vom Kronprinzen, „Elisabeth“ vom Prinzen Eitel-Friedrich, „Jed“ vom Prinzen Adalbert und Kommerzienrat M. von Guilleaume. Außerdem nannten „Tilly II“, „Jenny“, „Volkse“, „Tilly X“, „Sonderling“, „Blitz XII“, „Lunula“, „Sevilla“, „Seehund II“, „Reji II“, „Hugin“, „Wittelsbach V“, „Rutta II“, „Friswisch“, „Bambino II“ und „Margarete“. Das Ereignis wird jedoch dagegen das Herausbringen des Schonerjacht „Meteor“ des Kaisers sein. Gegen den neuen Schoner des Kaisers starten der vorjährige Schoner „Germania“ des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach, der Schoner „Hamburg“ des Vereins Seefahrt Hamburg und „Aduna“ der Kaiserin. Vorzüglich besetzt sind die 10, 9, 8 und 6 Meter internationalen A-Klassen, während die Schwertklassen nur mangelhaft besetzt sind.

### Aus Bädern und Kurorten.

M. Schlungenbad, 1. Juni. Infolge des prächtigen Wetters war der Verkehr hier an beiden Pfingsttagen recht gut. Die Kur macht gute Fortschritte, und die Ausflüchter auf ein zufriedenes Ende der Kurzeit recht günstig.

— Bad Orb, 1. Juni. Die Kur-Frequenz beträgt bis zum 29. Mai 691 Kurgäste.

### Kleine Chronik.

Vom Eisenbahnzug überfahren. Der Personenzug Cassel-Badburg überfuhr und tötete im Tunnel bei Elleringhausen den Bahnbeamten Schredanberg.

Feuersbrunst. In Toulouse zerstörte eine Feuersbrunst die Arbeiter-Operativ-Druckerei. Das Feuer richtete großen Schaden an. Einige benachbarte Magazine für landwirtschaftliche Maschinen gerieten ebenfalls in Brand. Auch die Lokale zweier Zeitungen waren ernstlich gefährdet.

Eine Gebarme zu Pferd. Die Gebarme Schmidt in dem mecklenburgischen Ort Vellahn wurde dieser Tage zu einer Wöchnerin nach dem Gut Düssen gerufen. Unterwegs hatte die „weiße Frau“ das Mißgeschick, daß der ihr zur



# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.  
„Tagblatt-Haus“.  
Schalter-Gasse geöffnet von 7 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verlag (Erschließung) 2953, Redaktion 52,  
Druckerei 2266.  
Auflage von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Beleg-  
schein. 2 M. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausschließlich Bestellgeld.  
Bezugs-Erfahrungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Freigassen, sowie die  
191 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Riedel: die dortigen 85 Ausgabestellen und in den  
benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Felle: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“  
in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen  
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Werbeflächen; 2 M. für auswärtige  
Werbeflächen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung.  
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Entnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingelegter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 254.

Wiesbaden, Donnerstag, 3. Juni 1909.

57. Jahrgang.

## Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

### Der Kampf um die Reichsfinanzreform.

Fürst Bülow und die Konservativen.

I. Berlin, 2. Juni.

Der Reichskanzler glaubt verschiedene Wege vor sich zu haben, auf denen er die Reichsfinanzreform durchführen und zugleich den „liberalen Einschlag“ beibehalten könnte. Er stellt sich die Sache augenscheinlich so vor, als würden die Nationalliberalen für ein Kompromiß zu gewinnen sein, das wenigstens ein ungefähres Zugeständnis an den Gedanken der Erbschaftsteuer enthielte, wobei es die selbstverständliche Voraussetzung wäre, daß die Konservativen sich ebenfalls bereit erklärten, in letzter Stunde noch eine Erbschaftsteuer anzunehmen, die ihre Hauptwünsche befriedigte, nämlich die Freilassung von Kindern und Ehegatten. Ob Fürst Bülow meint, auch die Freisinnigen einem derartigen Kompromiß geneigt machen zu können, ist nicht ganz klar, kann wenigstens nicht mit der Sicherheit gesagt werden, mit der allerdings angenommen werden kann, daß solche Kompromisse den Nationalliberalen gegenüber versucht werden sollen. Wollte man nun aber voraussetzen, daß sich liberalerseits wirklich ein Umschwung der Stimmungen und der Absichten in der angegebenen Richtung vollziehen könnte, was wäre damit erreicht? Der Optimismus, der an einen korrespondierenden Umschwung auch auf der konservativen Seite glauben möchte, dünkt uns sehr kühn. Die Konservativen stehen doch auf dem, immer wieder betonten und wegen der Stärke dieser Betonung auch glauhaften Standpunkte, daß sie eine runde und nette Finanzreform angeboten haben, mit der sich die großen Aufgaben tatsächlich lösen lassen, wenn die verbündeten Regierungen es nur wollten. Die Konservativen haben sich dem Zentrum gegenüber gründlich festgelegt, und zwar nicht etwa so, daß sie als die Dupletten anzusehen wären, sondern mit der bewußten und klaren Absicht, sich von jeder Gemeinschaft mit den liberalen Parteien und Fraktionen loszulösen. Das Schicksal des Fürsten Bülow wird sie augenscheinlich weiterhin nicht sonderlich kümmern. Sie mögen Verständnis für die persönlichen Schwierigkeiten des Fürsten Bülow haben, aber ihre Parteinteressen stehen ihnen höher als die Rücksicht auf Weibchen oder Gehen des Reichskanzlers. Sie werden es zu ertragen wissen, wenn Fürst Bülow anherstünde sein sollte, die Lage zu meistern; vielleicht auch halten sie es für möglich, daß der Kanzler, der ja schon einmal geschwankt hat, in der entscheidenden Stunde irgendeine Formel findet, mit der er den Übergang zum Antisloß vollziehen und die 500 Millionen wirklich aus den Händen der konservativ-liberal-politischen Koalition entgegennehmen wird. Wenn diese Erwartung am letzten Ende auch wohl getäuscht werden wird, so mag sie doch dazu beitragen, den Widerstand der konservativen Führer gegen jedes Kompromiß zu festigen, das liberalerseits allerdings in Erwägung gezogen werden könnte. Die Erörterung über das, was kommen wird und kommen muß, wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags kaum durch neue Momente beeinflusst werden und in irgendwie veränderter Richtung fortzuführen sein. Eines von zwei Dingen wird kommen. Die Reform, wie sie der Antisloß will, gegen den Fürsten Bülow, also mit einem Kanzlerwechsel, oder die Reform mit seiner Duldung. Die größere Wahrscheinlichkeit, die einzige vielleicht, spricht für die erstere dieser Möglichkeiten. Die Konservativen wollen es auf eine Machtprobe ankommen lassen, und die Einzelsfragen der Reichsfinanzreform sind ihnen nur ein Mittel zum Zweck. Sie könnten sehr gut anders, wenn sie wollten. Aber sie wollen eben nicht. Sie hätten auch gar nichts gegen den Fürsten Bülow, wenn er ihnen zu Willen wäre. Solange sie mit seiner Unterwerfung rechnen, behandeln sie ihn nicht einmal schlecht; an dem Tage, wo er es auf Biegen oder Brechen ankommen lassen muß, werden sie ihn zu stürzen versuchen.

#### Fürst Bülow über die Reichsfinanzreform.

Die Wiener „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht folgende Äußerung einer der deutschen Regierung nahestehenden Persönlichkeit über den Standpunkt, den der Reichskanzler Fürst v. Bülow in der Frage der Reichsfinanzreform angeblich annimmt: „Der Reichskanzler würde es nach wie vor für außerordentlich befallenswert halten, wenn die Reichsfinanzreform gar nicht oder gar gegen die liberalen Parteien zustande käme. Ganz abgesehen von den für seine Person etwa daraus zu ziehenden Konsequenzen würde als unmittelbare Folge einer solchen Abstinenz die Aus-  
sicht auf die Liberalen aus der Gesetzgebung für absehbare Zeit sich ergeben. Sofern die Liberalen bereit sind, 300 Millionen im Wege der indirekten Steuern aufzubringen, werden auch die Konservativen die Regierung bei der Erbschaftsteuer nicht im Stich lassen. Die Finanzreform wird und muß verabschiedet werden, weil davon Deutschlands Zukunft abhängt.“

tung des Liberalismus aus der Gesetzgebung für absehbare Zeit sich ergeben. Sofern die Liberalen bereit sind, 300 Millionen im Wege der indirekten Steuern aufzubringen, werden auch die Konservativen die Regierung bei der Erbschaftsteuer nicht im Stich lassen. Die Finanzreform wird und muß verabschiedet werden, weil davon Deutschlands Zukunft abhängt.“

#### Eine „energische“ Aktion Bülows?

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet seinem Blatt, daß er aus zuverlässigster parlamentarischer Quelle erfahre, Fürst Bülow bereite eine energische Aktion vor, um den Widerstand der Konservativen gegen die Finanzreform zu brechen. Der Fürst werde diese seine Aktion demnächst in einer Rede im Reichstag andeuten, und wenn die Konservativen keine Umkehr halten, dann werde er gegen sie einen energischen Feldzug einleiten. Die Konservativen werden die Absichten des Fürsten an gewissen administrativen Maßnahmen zuerst erkennen. — Wir glauben einstweilen nicht an eine „energische“ Aktion Bülows, nach allem, was man bisher erlebt hat.

#### Neue Besprechungen über neue Steuervorschläge.

Schatzsekretär Sydow hat weiterhin eine Reihe von Interessenten und Sachverständigen aus allen Teilen des Deutschen Reiches zu Besprechungen über die neuen Steuervorschläge eingeladen. Die erste dieser Besprechungen findet heute statt, und zwar handelt es sich dabei um die Barfüßnersteuer. Im Laufe der Woche dürften die Konferenzen abgeschlossen sein, und es steht dann vielleicht eine Erklärung des Reichsschatzmeisters zu den neuen Steuervorschlägen zu erwarten.

#### Zum Antrag Nichthofen.

Man schreibt uns:

Es ist wirklich zu verstehen, wenn die Bank- und Börsenwelt nach der ersten Lektüre den Antrag Nichthofen abschließend beiseite legte. Man mag den Antrag und seine sogenannte Begründung noch so oft lesen: man bleibt bei seinem ersten Urteil.

Die agrarischen Antragsteller haben sich über die komplizierten juristischen und wirtschaftlichen Fragen, welche mit dem Antrag verbunden sind, nicht den Kopf zerbrochen. Wozu hat man denn den Bundesrat? Wozu den Reichskanzler? Er erhält den ehrenvollen Auftrag, den für die Höhe der Stempelabgabe maßgebenden Kurswert der im Inland umlaufenden und demgemäß steuerpflichtigen ausländischen Papiere festzusetzen. Wie der Reichskanzler sich mit dieser nahezu unlöslichen Aufgabe abfindet, ist seine Sache.

Auf derselben Höhe wie diese Bestimmung bewegt sich der übrige Teil des Antrags Nichthofen. Der Antrag will, daß der Aussteller der Wertpapiere die Kottierungssteuer, die Stempelabgabe, zahle. Der Aussteller soll sich dann bei Auszahlung der Zinsen oder Dividenden bei dem Empfänger schadlos halten, ihm also die Stempelabgaben abziehen. Wenn in einem Jahre keine Zinsen oder Dividenden ausgezahlt werden, dann soll der Aussteller in einem der drei folgenden Steuerjahre diesen Abzug nachholen dürfen. Ja, wenn eine Gesellschaft nun aber, wie das nicht selten vorkommen soll, auch in diesen drei Jahren nichts ausschütten kann? Soll der Aussteller der Wertpapiere weiter die Steuer zahlen? Oder soll das Emissionshaus die Steuer auslegen? Das wäre für die Agrarier ja überhaupt das Ideal, daß die anderen Berufsstände die Steuern für sie auslegen; viel fehlt an diesem Idealzustand ja schon nicht mehr. Nun aber im Ernst gesprochen: Nehmen wir eine Hypothekensanleihe. Sie begibt eine neue Serie von Pfandbriefen. Nach dem Antrag Nichthofen müßte sie dafür eine besonders neue Stempelabgabe zahlen. Selbstverständlich wird sich die Bank für die Auslagen schadlos halten müssen. Aber an wem und wie? Sie könnte den Betrag von den Aktionären wieder hereinholen. Dabei läme man aber auf eine ganz enorme Steuer auf die Dividenden, die doch schon befreit ist. Oder die Bank könnte einen Abzug von den Coupons der Pfandbriefe machen. Damit kämen wir auf ein Gebiet, wo nur der alte erfahrene Bankier mitreden könnte. Der wird sich noch aus seiner Lehrszeit erinnern, wie die Kreditwürdigkeit solcher Staaten beurteilt wurde, welche ihre Coupons mit einer Steuer belasteten, und wie sich die ausländischen Staaten beileihen, bei neuen Emissionen ausdrücklich zu versichern: Frei von allen jetzigen und zukünftigen Abgaben und Steuern! Nur durch eine solche Erklärung konnten die Staaten ihren vollen Kredit wiederherstellen. Heute geben selbst die zweifelhaftesten Schuldner die Erklärung ab, daß ihre Gläubiger für alle Zeiten frei von allen Abgaben und Steuern sein würden. Und da soll der deutsche Pfandbrief, dem die Banken einen so hohen Ruf zu verschaffen verstanden, mit einer Couponsteuer bedacht werden? Wäre das nicht ein offener Vertragsbruch gegenüber dem gutgläubigen Erwerber der Pfandbriefe? Es ist aber auch wohl zu beachten, daß der Pfandbrief das Anlagepapier der kleineren und mittleren soliden Sparer ist. Will man den Pfandbrief-Coupon besteuern, dann muß man, wenn man die Vermögenslogik ausbauen will, natürlich auch die deutschen Staatsanleihen besteuern, schon damit man den Besitz

der leeren Hand trifft. Aber eine Verfüzung der Zinsen der deutschen Staatspapiere wäre das Ungeheuerlichste, was man sich auf finanziellem Gebiet denken könnte. Die Pfandbriefbanken könnten aber auch vielleicht daran denken, die Auslagen für den Kottierungsstempel an den Hypothekenzinsen wieder hereinzubringen. Damit würden die Bankgelder und das Bauen verteuert werden. Man sieht also, zu welchen unmöglichen Konsequenzen man bei dem Antrag Nichthofen kommt. Weiter! Der Antrag Nichthofen will von den, zum Terminhandel zugelassenen Werten eine besonders hohe Steuer erheben. Aus welchem Grunde? Hat die Regierung, hat der Reichstag deshalb in der Reform des Börsengesetzes den Terminhandel wieder erweitert? Der Antrag Nichthofen will also mit der linken Hand nehmen, was der Reichstag vor einigen Monaten mit der rechten gegeben hat. Die Zulassung zum Terminhandel erfolgt aber doch vor allem im Interesse der Volkswirtschaft, zur Erzielung einer normalen Preisbildung, zur Ersparrung barer Umlaufsmittel! Das Interesse der Gesellschaften und Emissionshäuser daran wird kaum so weit gehen, daß sie deshalb, weil ihre Aktien zum Terminhandel zugelassen sind oder werden sollen, eine besondere Abgabe zu zahlen sich entschließen. Sie werden zum Schaden der Volkswirtschaft einfach darauf verzichten. Und nun erst die ausländischen Staaten und Gesellschaften! Auch hier wollen wir ein praktisches Beispiel nehmen. Man erinnert sich noch der scharfen Kämpfe um die letzte chinesische Anleihe. Deshalb haben die deutschen Banken so nachdrücklich um die Erlangung dieser Anleihe gekämpft? In erster Linie natürlich des Verdienstes wegen. Aber es haben doch auch nationalwirtschaftliche Gründe vorgelegen. Der Erlös für diese Anleihe bleibt in Deutschland, denn es werden damit die Lieferungen an Eisenbahnmateriale bezahlt, und diese Lieferungen geben den deutschen Werken und Arbeitern Arbeit. Nach dem Antrag Nichthofen müßte aber für die chinesische Anleihe noch eine hohe Kottierungsgebühr bezahlt werden. Die Emissionshäuser müßten nun den Betrag entweder von der chinesischen Regierung zurückverlangen oder von den Coupons abziehen. Wenn sie die Summe von der chinesischen Regierung zurückhaben wollten, würden sie ausgelacht werden, und mit Recht, denn der Chinese hat doch nicht deshalb so lange um den niedrigsten Kurs gekämpft, um nachher, den deutschen Agrariern zu Gefallen, noch eine Ertragsgebühr zu bezahlen. Ziehen die Emissionshäuser aber die Steuer von den Coupons ab, dann sind die chinesischen Anleihen degradiert. Gegen eine solche Degradierung werden sich die Chinesen natürlich wehren und lieber ihre Anleihen in London unterzubringen suchen. Dem Agrarier ist das natürlich gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist es für die deutsche Volkswirtschaft, wenn das deutsche Bank- und Finanzwesen isoliert, boykottiert wird. Fügen sich die fremden Staaten und Gesellschaften den Bestimmungen des Antrags Nichthofen nicht, dann werden ihre Werte einfach von den deutschen Kurszetteln gestrichen. Sehr viele ausländische Staaten und Gesellschaften werden gar keine Lust haben, für die Ehre einer deutschen Börsenkottierung noch extra zu zahlen. Dann kommt der Reichskanzler und streicht ihre Aktien von den deutschen Kurszetteln. Er vereinfacht dann ja auch seine Arbeit der jährlichen Kursfestsetzung, was ihm bei seiner sonstigen Tätigkeit vielleicht ganz angenehm ist. Die deutschen Kurszettel werden dann auch viel einfacher werden. Die Börsen werden veröden. In den Bankbureaus wird es stiller werden. Aber das ist wahrscheinlich gerade das, was die Agrarier wollen. Die Reichsregierung scheint allerdings nach ihren jüngsten Erklärungen zunächst nicht gewillt zu sein, ihnen auf diesen Wegen zu folgen. Wer aber die Geschichte unserer Bank- und Börsengeschichte kennt, der kann zahlreiche Fälle aufzählen, in denen die Regierung nach einem anfänglichen „Unannehmbar“ den Agrariern aus politischen Gründen ein Opfer des Interesses dargebracht hat. Schuld hieran trug die politische Ohnmacht von Handel und Industrie. Es ist höchste Zeit, daß diese Stände sich zu gemeinsamer Wahrung ihrer berechtigten Interessen auch auf politischem Gebiete organisieren. Mit dem Aufruf des Zentralverbandes der Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller vom 25. Mai ist ein vielversprechender Anfang hierzu gemacht worden; in den deutschen Handels- und Industriezweigen hat dieser Appell an ihr Solidaritätsgefühl und ihre wirtschaftliche Einsicht lebhaften Widerhall gefunden. Es ist zu hoffen, daß in der Abwehrversammlung vom 12. Juni eine Sprache gesprochen werden wird, welche den Agrariern und ihren Bundesgenossen das alte wahre Wort zum Bewußtsein bringt: „Der Wind fät, wird Sturm ernten!“

#### Die deutschen Handelsvertretungen zur Wertpapiersteuer.

Gestern fand in Berlin eine Versammlung der deutschen Handelsvertretungen, die in unmittelbarer Beziehung zu deutschen Börsen stehen, statt, die von der Handelskammer zu Berlin behufs Stellungnahme zu dem Beschlusse der Finanzkommission des Reichstags über die Besteuerung von Wertpapieren einberufen worden war. Von der preussischen Staatsregierung nahmen an den Verhandlungen teil: Unterstaatssekretär Richter und Geheimrat Regierungsrat Göppert aus dem Handelsministerium. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden den ersten Vizepräsidenten der

Handelskammer zu Berlin, Generalkonsul v. Wendelssohn. Nachdem dieser die Versammlung mit einer Ansprache eröffnet hatte, ergriff der Berichterstatter Geh. Kommerzienrat Koppelberg-Berlin das Wort zu einer längeren Rede. An diese knüpfte sich eine Diskussion, an der sich zahlreiche Anwesende beteiligten. Es wurde beschlossen, gegen den Beschluß der Finanzkommission in einer ausführlichen Eingabe sämtlicher Handelskammern Stellung zu nehmen und einstimmig eine Erklärung abzugeben, in der es u. a. heißt:

Die Versammlung erhebt schärfsten Widerspruch gegen den Beschluß der Finanzkommission des Reichstags, der dem Handel mit Wertpapieren und ihren Besitzern in ungerechtester Weise unerträgliche Sonderlasten aufbürden will. Die beschlossene Besteuerung würde die deutschen Börsen auf das empfindlichste schädigen und die ausländischen Börsen auf Kosten der inländischen stärken. Vor allem aber würde sie die politischen und wirtschaftlichen Gesamtinteressen und damit die Machtstellung des Deutschen Reiches bedrohen, weil sie den deutschen Markt von internationalen Finanzgeschäften ausschließen würde. Die Erträge der Steuer würden hinter der Schätzung der Finanzkommission weit zurückbleiben. Die Versammlung bittet aus diesem Grunde den Reichstag, dem Beschluß der Finanzkommission ihre Zustimmung zu versagen; andernfalls erwartet sie zuversichtlich von den Verbündeten Regierungen, daß sie verhindern werden, daß eine derart das wirtschaftliche Leben der Nation schädigende Steuer Gesetzeskraft erlangt.

#### Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, C. B.

Zu der auf den 12. d. M. vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und vom Zentralverband Deutscher Industrieller einberufenen Versammlung, in der gegen die von der Rumpfkommision geschaffene Gestaltung der Reichsfinanzreform protestiert werden soll, hat der über 2000 Mitglieder starke Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, C. B., beschlossen, eine entsprechende Zahl von Delegierten zu entsenden und an der Beratung über die für die Dauer berechnete Interessengemeinschaft der privaten Vertretungen von Deutschlands Handel, Industrie und Bankwesen teilzunehmen.

#### Ein Protest gegen die geplante Steuer auf kosmetische Mittel.

Die Fabrikanten und Händler der kosmetischen Branche haben sich in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung gegen die Steuer auf kosmetische Artikel ausgesprochen. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde die allgemeine Ansicht einstimmig dahin festgestellt, daß die Steuer nicht eine Zugusssteuer sei, sondern die besteuerten Produkte zu 80 Prozent zu den notwendigen hygienischen Bedarfsartikeln zu rechnen seien. In der vorliegenden Form sei die Steuer undurchführbar und würde zweifellos den Ruin des gesamten Industriezweiges nach sich ziehen. Ganz abgesehen davon, daß sie durch die entstehenden Verwaltungs- und Kontrollkosten keine nennenswerten Erträge zu liefern vermöge. Insbesondere erhoben in der Sitzung die anwesenden Fabrikanten von kosmetischen Artikeln auf das energischste Verwahrung dagegen, daß — wie vielfach in der Presse mitgeteilt worden ist — von ihrer Seite eine Zustimmung in irgend einer Form zu der geplanten Steuer gegeben worden sei.

#### Kampf gegen die Konservativen

proklamierte in einer zu Oldenburg gehaltenen freisinnigen Volksversammlung der ostfriesische freisinnige Reichstagsabgeordnete Jan Wegter. Nach den „Oldenb. Nachr.“ (Nr. 141) schloß er seine Rede mit folgenden Sätzen: „Es gibt keine rote Gefahr mehr, sobald gleiches Recht für alle zur Wirklichkeit wird. Unser Kampf richtet sich nach rechts. Dort stehen die Reichsfeinde, die das Reich im Stiche lassen, sobald es gilt, aus eigenem Vorteil zu ziehen. Da steht Oldenburg-Janssen, Königstreue bis auf die Knochen, voll von brennender Vaterlandsliebe — solange der König seinen Willen tut. Sollen diese Leute etwas hergeben, so ist auf einmal der deutsche Familienfenn in Gefahr. In Wirklichkeit denken sie eben nicht an das

Vaterland, sondern an ihr Portemonnaie. Das deutsche Wort wird ihnen ihre Verschleppungspolitik nicht vergessen, es wird Front machen gegen Junker und Muder. (Lebhafter Beifall.)

## Politische Übersicht.

### Dr. Theodor Barth †.

Baden-Baden, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der frühere Reichstagsabgeordnete Theodor Barth ist heute nacht gestorben.

#### \* Wiesbaden, 3. Juni.

Mit Dr. Theodor Barth ist einer unserer bekanntesten liberalen Parlamentarier dahingegangen. Am 16. Juli 1849 in Duderstadt geboren, war Barth nach Absolvierung seiner juristischen und volkswirtschaftlichen Studien zunächst als Rechtsanwalt, später als Handelskammerpräsident in Bremen tätig. 1881 begann mit der Wahl Barths als Vertreter für Gotha in den Reichstag seine parlamentarische Tätigkeit. Barth schloß sich der liberalen Vereinigung, später der deutschfreisinnigen Partei und 1893 der freisinnigen Vereinigung an, zu deren kenntnisreichsten und tüchtigsten Führern er stets gehörte, bis er nach der Inaugurierung der Wilhelmschen Blockpolitik aus der Vereinigung ausstieg. Die seitdem von ihm unternommenen Versuche, mit Dr. Breitscheid und anderen ganz links stehenden Liberalen eine neue Partei, die sogenannte „demokratische Vereinigung“, zu gründen, sind von den Angehörigen und Wählern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft wiederholt scharf verurteilt worden. Einen Erfolg haben sie bekanntlich nicht gehabt, obwohl die Abneigung Barths gegen das Eingehen des Liberalismus auf das nun mit so glänzendem Glücke abschließende Experiment der Blockpolitik durch die Tatkraften der letzten Wochen schließlich gerechtfertigt worden ist. Was man über die Haltung Barths in den letzten Jahren, eine Haltung, mit der seine politische Rolle ja eigentlich ausgespielt war, immer denken wie man will, jedenfalls hat sich Theodor Barth in seiner mehr als zwei Jahrzehnte füllenden parlamentarischen Tätigkeit als einen der streitbarsten und markhaftesten Vertreter des Liberalismus bewährt. Gegen die agrarische Wirtschaftspolitik der Regierung, gegen Junkertum und Pfaffenstumpheit hat er manches gute Wort auf der Parlamentaristriebe gefunden. Mit aufrichtiger Teilnahme wird man daher wohl in allen liberalen Lagern die Kunde von dem Hinscheiden des hochbegabten Politikers und fruchtbaren politischen und volkswirtschaftlichen Schriftstellers vernehmen.

#### Der Vorsitz im Schulvorstande.

Aus Nassau wird uns geschrieben: Bekanntlich hat bei den letzten Staatsberatungen im Abgeordnetenhaus ein Zentrumsabgeordneter lebhaft Klage darüber geführt, daß in der Rheinprovinz vielfach Bürgermeister zu Vorsitzenden der Schulvorstände ernannt worden seien. In unserem Bezirk sind bekanntlich in den Landgemeinden die Geistlichen mit diesem Amt betraut, und nur da, wo zwei oder mehrere Gemeinden zu einem Schulverband vereinigt sind, hat die königliche Regierung den Vorsitz einem der Bürgermeister übertragen. Neuerdings ist nun in einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten darauf hingewiesen worden, daß nach dem Schulunterhaltungsgesetz auch in den Gemeinden, die für sich einen Schulverband bilden (wo also der Geistliche Vorsitzender des Schulvorstandes ist), die Anweisung der für den Zweck der Schule zu verausgebenden Gelder vom Vorsitzenden des Schulvorstandes, also vom Geistlichen, zu erfolgen habe. Diese Bestimmung hat in den Kreisen der evangelischen Geistlichkeit hier und da zu dem Wunsche geführt, den Vorsitz niederzulegen. Verdenken kann man auch ohne dies den Geistlichen ihren Wunsch nicht, besonders wenn man den schwerfälligen Apparat kennt, mit dem der Schulvorstand arbeiten muß. Da müssen alle Einladungen zu den Sitzungen auf vorgegedruckten Formularen erfolgen, die dann sorgfältig geheftet auf-

bewahrt werden sollen, gerade wie bei den wichtigsten Korporationen; da müssen über die Verhandlungen Protokolle aufgenommen werden, da muß der Vorsitzende für jeden Schulvorstand ein besonderes Tagebuch über Ein- und Ausgänge führen und für jeden Schulvorstand ein gesondertes Aktienbündel anlegen. Der heilige Bureaufratius macht sich eben auch im Schulwesen breit. Nun denke man bei Geistlichen, die vielleicht 8 bis 10 Filialdörfer zu bejahren haben. Was gibt das für Akten und was für Bureaurbeit! Und würde es wirklich für die Schule, und besonders für den Religionsunterricht, irgend eine Schädigung sein, wenn das Amt, das dem Pfarrer nur eine Last sein muß, auf den Bürgermeister überginge? Der Geistliche behält ja doch Sitz und Stimme im Schulvorstand und ist auch noch Ortschulinspektor, und sein Einfluß als Mitglied bleibt derselbe in den Sitzungen, wie wenn er als Vorsitzender sie leitet, und der letztere ist doch genau an die Beschlüsse des Gesamtschulvorstandes gebunden, die er nur auszuführen hat. W.

#### Aus dem Kreise Biedenkopf

wird uns geschrieben: Das „Wiesbadener Tagblatt“ brachte in Nr. 239 nähere Mitteilungen über den Antrag Bülow, betr. Neuregelung der Schulversäumnisstrafen im Bezirk Wiesbaden. Man wird die Annahme des Antrages als ersten Schritt zur Besserung der unheilvollen Verhältnisse begrüßen. Verwundert aber fragt man sich, warum denn der Kreis Biedenkopf ausgeschlossen sein soll? Es ist stets nur vom Gebiet des ehemaligen Herzogtums Nassau und der Landgrafschaft Hessen-Homburg die Rede. Man wird also das Hinterland mal wieder einfach „vergessen“ haben! Und doch liegen die Verhältnisse hier genau so! Nach Artikel 21 des Schul-edikts vom 6. Juni 1832 ist für eine Versäumnis eine Strafe von 3 Kreuzern festgesetzt. Bei Wiederholungsfällen kann auch eine Versäumnis mit 6 Kreuzern bestraft werden. Das sind doch wirklich fast dieselben Bestimmungen wie in Nassau und Hessen-Homburg! Und die Folgen sind genau dieselben. Die unentschuldigsten Schulversäumnisse sind an der Tagesordnung. Wird Urlaub verweigert, so hört man die höhnische Antwort: „Dann bezahle mir eben den Groschen“ oder gar: „Dann gebe ich meinem Kind Urlaub.“ In manchen Gemeinden werden deshalb die Schulversäumnisstrafen gar nicht mehr erhoben, weil sich ja Schulvorstand und Schulinspektor doch lächerlich machen. Nun wird der Ibelstand im übrigen Bezirk geändert und im Hinterland soll alles beim Alten bleiben?! Es ist ganz unbegreiflich, warum man es nicht mit in den Antrag einbezogen hat! Oder wissen die Herren wirklich nicht, daß es auch zum Bezirk Wiesbaden gehört? Eine Frage aber kann man nicht unterdrücken: Wo war denn der Abgeordnete für unseren Kreis in jener Sitzung? Er hat doch während seiner Tätigkeit als Landrat in Biedenkopf Gelegenheit genug gehabt, Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln! Warum nahm er sich seines Wahlkreises nicht an? Er wird sich wohl dazu äußern müssen! -ts.

## Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Reichskanzler richtete an den Ministerialdirektor Wirklichen Geheimen Rat Dr. Thiel zu dessen 70. Geburtstag nachstehendes Telegramm: „Gew. Erzelenz bitte ich, heute, wo Sie in voller Mündigkeit das hohle Alter erreicht haben, meine herzlichsten Glückwünsche entgegen nehmen zu wollen. Möge Ihre reiche praktische Erfahrung dem preussischen Staate und der deutschen Landwirtschaft, die Ihnen schon viel verdanken, noch lange zu Gebote stehen; möge Ihnen die Freude an der Arbeit und der rheinische Humor niemals ausgehen.“

Die Besserung im Befinden des Fürstbischöfs Dr. von Kopp hält an.

\* Eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Zar Nikolai. Wie das „Wolffsche Bureau“ hört, gedenkt

## Fenilleton.

### Aus Kunst und Leben.

\* Eine Privatsoirée veranstaltete gestern Frau Gräfin d'Audiffret aus Paris in der Villa der Frau General Dentz in der Tennelbachstraße. Die ausgezeichnete Vortragskünstlerin, die bekanntlich im Laufe dieses Winters zweimal im Kurhaus unter großem Beifall auftrat, bewies auch diesmal wieder, daß sie eine erste Rolle in ihrem Kunstgebiete spielt. Ihr Vortrag vereinigt die Vorzüge der französischen Regitations-Tradition mit den Eigenschaften der modernen Vortragskunst. So kam es denn, daß sie nicht nur in einer so stark dramatischen, mit reichem Wortpomp ausgestatteten Vokale, wie Viktor Hugo's „La chanson du timbalier“ (einer Dichtung, die trotz ihrer Vorzüge gegen die Wucht der im Stoffgebiet vielfach verwandten „Leonore“ unseres Bürger nicht auskommen kann), eine große Wirkung erzielte, sondern daß sie auch in modernen Solofolgen künstlerisch Vollendetes bot. Besonders brachte sie die Eiferfucht und fieberhafte Erwartung einer Weltbühne mit einer verblüffenden Wahrheit zur Geltung, wie sie denn überhaupt alle Schattierungen der reichen weiblichen Psyche in ihren Vorträgen meisterlich zu entwickeln wußte. Und daß ihrer vielseitigen Veranlagung auch das Humoristische nicht fern liegt, bewies die köstliche Wiedergabe der deutschen Ratkäppchenfuge durch eine britische Gouvernante in ihrem englisch geformten Französisch. Es war ein Rabinettstückchen feiner, sprachtechnischer Charakteristik. Die Künstlerin erntete reichsten Beifall seitens des geladenen gewählten Auditoriums aus den Kreisen der hiesigen Gesellschaft. Unter den Anwesenden befanden sich auch das Wolzogenische Ehepaar. Frau v. Wolzogen erkrankte bei dieser Gelegenheit wieder durch ihre köstlichen Volkslieder-Vorträge, und gab dem interessanten Abend noch einen besonderen künstlerischen Einschlag.

\* Jungdeutscher Opernpreis 1910. Unter diesem Titel wird soeben ein Preisausschreiben für musikalische

dramatische Werke veranstaltet. Der Preisausschreibung liegt die Absicht zugrunde, den Werken junger Komponisten und Librettisten Beachtung und günstige Existenzbedingungen zu schaffen. Es sind vier Preise ausgesetzt, zwei Hauptpreise zu je 10000 M. und zwei Ehrenpreise zu je 2500 M. Das Preisausschreiben wird alle drei Jahre wiederholt. Jeder Autor darf ein Werk, gleichviel welcher Art und welchen Umfangs, einreichen. Die mindeste Ausführungsdauer muß jedoch eine Stunde sein. Die beiden mit dem Hauptpreis gekrönten Werke gelangen im Hamburger Stadttheater (Direktion Geheimer Hofrat Max Bachur) unter Leitung Gustav Wrechers zur Aufführung — ein Werk im November 1910, das andere im Januar 1911. Die Opern werden von einer Vorcommission und einer Endcommission geprüft. Der Endcommission werden mindestens zehn von der Vorcommission ausgewählte Werke unterbreitet. Jeder Preisrichter der Endcommission prüft alle von der Vorcommission ausgewählten Werke. Die Preisrichter sind in der Endcommission: Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß, Generalmusikdirektor Geh. Hofrat v. Schuch, Hofkapellmeister Leo Blech, Kapellmeister Gustav Wrecher (Hamburg). Die Werke müssen bis zum 15. Mai 1910 anonym eingereicht sein. Die eingereichten Werke dürfen weder aufgeführt noch zur Aufführung angenommen, noch darf der Verlag oder Bühnenvertrieb vergeben sein. Die Preise sollen spätestens am 1. September 1910 verteilt werden. Die geschäftliche Durchführung hat der Verlag Harmonie (Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 32) übernommen. Dort werden die Werke unter der Aufschrift „Jungdeutscher Opernpreis“ eingereicht und später verlegt.

#### Theater und Literatur.

Aber eine Wagnerstilbildungsschule in Wien wird berichtet: Für die Leitung der neu zu errichtenden Stilbildungsschule auf dem Gebiete der Wagnerischen Bühnenkunst an der Akademie für Musik in Wien sind nach der „Boh.“ zwei anerkannte Vertreter des Wagner-Ge-

fanges, das Ehrenmitglied des Hofopertheaters Kammer-sänger Hermann Winkelmann und Kammer-sängerin Amalie Materna, in Aussicht genommen. Beide Künstler haben bekanntlich in Bayreuth gewirkt und unter Wagners eigener Anleitung ihre Partien studiert.

Am 20. Juni 1909 wird der Intendant Emil Clara auf eine dreißigjährige Tätigkeit als Bühnenleiter zu Frankfurt a. M. zurückblicken. Auf Wunsch des Intendanten wird jedwede Feier an diesem Tage unterbleiben. Dagegen soll der immerhin bedeutsame Abschnitt in der Frankfurter Theatergeschichte dadurch gekennzeichnet werden, daß in der Zeit vom 1. bis zum 30. Juni im Schauspielhaus ein Zyklus klassischer und moderner Aufführungen stattfindet.

#### Bildende Kunst und Musik.

Gestern fand in Berlin unter dem Vorsitz des Geheimrats Rirborf eine Sitzung des Finanz- und des Werbeausschusses für das Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingen statt. Es wurde beschlossen, mit der Bildung von Ortsausschüssen fortzufahren und diesen auch das Gutachten zuzustellen, das demnächst vom Kunstauschusse veröffentlicht werden und die Gründe darlegen wird, die zu der endgültigen Wahl der Elisenhöhe vom künstlerischen Standpunkte aus geführt haben. Ferner wurde mitgeteilt, daß das Preisausschreiben des Kunstauschusses in Bände veröffentlicht werden wird.

Aus Paris wird berichtet: Die Museumsverwaltung des Louvre hat die Einnahmen aus der Versteigerung einer ihr geschenkten Gemäldesammlung zum Ankauf eines außerst seltenen Stückes deutscher Kunst verwendet. Es wurde die aus der Sammlung Wadach stammende Eisenbeinplakette, die den Namen „Vernehrung der Psyche“ führt, zum Preise von 45000 Franc erworben. Dieses Meisterwerk der Eisenbeinschnitzerei stammt aus dem zehnten Jahrhundert. Es wird im Eisenbeinsaal des Louvre Aufnahme finden.

der Kaiser, einer Einladung des Kaisers von Rußland folgend, sich Mitte Juni nach dem nördlichen Teil der Ostsee zu begeben, um dort, wie wir gestern schon von anderer Seite berichteten, mit dem russischen Herrscher zusammenzutreffen. Die Nachricht von einer Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren hat in Wien überrascht. Man sieht dort die Begegnung als einen Höflichkeitsakt an und glaubt nicht, daß sie zu einer Änderung in der russischen Politik führen wird, erhofft aber immerhin von der Aussprache der Monarchen eine gewisse Abmilderung der Gegensätze.

\* Die Kaiserreise nach Hamburg aufgehoben. Der Kaiser wird wegen veränderter Reiseabsichten in diesem Monat Hamburg nicht den geplanten Besuch antzählend des Horner Rennens abstellen. Es ist dies das erste Mal, daß der Kaiser dem Kaiserin-Augusta-Viktoria-Rennen auf dem Horner Rennplatz fern bleibt.

\* Zur Ausführung des Weingesezes. Im Reichsamt des Innern zu Berlin findet dem Vernehmen nach am 4. Juni eine Konferenz zur Beratung des endgültigen Entwurfes für die Ausführungsbestimmungen zum neuen Weingesez statt. Zu der Konferenz sind Weinsachverständige aus dem Mosel- und Saargebiet eingeladen.

\* Die englischen Gäste folgten gestern einer Einladung des englischen Konsuls Nissen zum Lunch auf dem Petersberg im Siebengebirge und zum Tee auf dem Drachenfels. Konsul Nissen wiederholte den Wunsch nach einer Verständigung zwischen den beiden Völkern und die englischen Unterhausmitglieder Bynnder und Richardson erwiderten, sie würden mit ganzem Herzen zu der Verständigung beitragen. Reichstagsabgeordneter Dr. Becker-Ernst versicherte, die Vertretung des deutschen Volkes von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sei der Ansicht, daß beide Völker Hand in Hand gehen müßten.

\* Das Meincidsverfahren gegen den Geheimrat Hamann, den vom Amte suspendierten Presse-Dezernenten des auswärtigen Amtes, ist im Sande verlaufen. Die Unterbindung der Staatsanwaltschaft, die schon in den früheren Phasen der Affäre ein Einschreiten abgelehnt hatte, ergab allem Anschein nach nichts Verlässendes, denn das Verfahren wurde eingestellt. Herr Hamann kann also wieder seiner Tätigkeit nachgehen.

\* Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, der gegenwärtig weit über 100 000 Mitglieder zählt, hielt in Hannover unter Teilnahme von Vertretern der Staats- und Kirchenbehörden seine Delegiertenversammlung ab. Die Berichte konnten das Wachstum sowohl der äußeren Ausbreitung wie der inneren religiösen sozialen Arbeitervereine auf allen Gebieten konstatieren, wie auch die Stellungnahme nicht nur zu sozialen, sondern auch zu schwebenden politischen Fragen. Professor Dr. v. Wiese, Hannover hielt einen Vortrag über Posadowsky als Sozialpolitiker, der Ehrenmitglied des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschland ist. Geheimrat Regierungsrat Duetmann-Oldenburg sprach über die Reform der Arbeiterversicherung. Zu dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung erklärte der Redner, daß durch die Zusammenlegung der Arbeiter die Gesetze nicht klarer wären, daß aber die gegen die Verwaltung — wie sie der Entwurf vorsieht — vorgebrachten Bedenken gegenstandslos seien.

### Rechtssprechung und Verwaltung.

Personalien. An Stelle des Landgerichtsdirektors Lehmann, der an das Zivilgericht versetzt wurde, ist Landgerichtsdirektor Jantich aus Oels zum Vorsteher des beim Garden-Prozeß viel genannten 4. Strafkammer des Landgerichts I ernannt worden.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Die österreichische Regierung wird morgen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Errichtung einer staatlichen Viehverwertungszentrale, deren wichtigste Aufgabe die Förderung der Viehzucht nach dem Auslande und die bessere Organisation der Viehverwertung auf den inländischen Märkten sein soll.

### Italien.

Der Papst empfing an seinem gestrigen Geburtstag, der zwar nicht gefeiert wurde, da nach altem Brauche der Vatikan den Namensstag des Papstes feiert, gleichwohl Glückwunschtelegramme von vielen Souveränen, Staatsoberhäuptern, hochgestellten Persönlichkeiten, Erzbischöfen und Prälaten, sowie von katholischen Vereinigungen und Instituten der ganzen Welt.

### Rußland.

Der Junasine Swinhufud in Helsingfors ist mit 64 Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt. Die feierliche Eröffnung des Landtags findet heute statt.

### Frankreich.

In der vorvergangenen Nacht wurden vier telegraphische Leitungen an der Küste bei Le Havre und zwei Leitungen nach England zerschnitten.

### England.

#### Ein Niesenstreik in Aussicht.

Die Lohnstreikigkeiten in den schottischen Kohlenrevieren erreichten einen ersten Grad; die Krisis kann ohne Verzug ausbrechen. Die Unternehmer werden zusammenkommen, um das Schiedsgericht in aller Eile aufzulösen und eine Lohnreduktion von 12½ Prozent anzukündigen. Die Arbeiter werden sicherlich Widerstand leisten. Der Streik von einhunderttausend Bergarbeitern scheint unvermeidlich. Die Führer der Arbeiter sind nach Berlin gereist, um die An-

gelegenheit der kontinentalen britisch-amerikanischen Delegation zu unterbreiten.

### Belgien.

In der gestrigen Kammerdiskussion interpellierte der Liberale Gynones die Regierung über die Frage der Heeresreform und wünschte zu wissen, was das Ministerium angesichts der Feststellung, daß der Effektivebestand im Frieden ein Ranko von 5000 Mann und im Kriege ein solches von 20 000 Mann aufweist, zu tun gedenke. Ministerpräsident Schelaer erklärte, daß er noch in dieser Session der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreiten werde, daß er aber über die Art der Reform nichts sagen könne. Nachdem noch der Amerikaner Boesie erklärt hatte, daß er seiner Reform, die das Erfahrmännerstystem auflöse, zustimme, wurde die Debatte geschlossen.

### Serbien.

#### Der Herr Exkronprinz.

Als Major Olanowitsch dem Prinzen Georg durch zwei Zeugen, darunter bekannte Verschwörer, eine Herausforderung zum Duell schickte, ließ der Prinz die Kartellträger durch einen Diener aus dem Palais werfen und vor der Tür sagen: Eine Verschwörerbande darf die Treppe meines Palais nicht betreten; ich erachte es unter meiner Würde, mit Verschwörern Verhandlungen zu führen.

### Türkei.

#### Die Areta-Frage.

Die gesamte türkische Presse beschäftigt sich mit der Areta-Frage. „Tanin“ gibt zu, daß Griechenland sich Areta gegenüber in einer schwierigen Lage befindet; die Türkei beabsichtigt nicht, die gegebene Autonomie zurückzunehmen, könne aber nicht den von Griechenland ernannten Kommissar anerkennen. „Itihad“, das Organ des Abiettes, sagt: Die Entsendung von Truppen habe den Zweck gehabt, Ordnung und Vertrauen bei der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. „Courier d'Orient“ veröffentlicht ein Interview mit dem Minister des Außern, welcher sagte, die Türkei werde die Insel nach der Zurückziehung der internationalen Truppen nicht besetzen, da Areta Autonomie und eigene Miliz besitze.

Gerüchtwiese verlautet, Abd ul Hamid soll nach der Insel Rhodos übergeführt werden.

Der Konat Riamil-Paschas wird seit vorgestern streng bewacht. Der ehemalige Großwesir wurde von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen. Auf die von befreundeter Seite unternommene Intervention wurde nicht reagiert. Es besteht die Absicht, den Staatsmann in das Innere Kleinasiens zu verbannen.

Die politischen Morde nehmen wieder zu. In Drama wurde der reiche Tabakhändler Elia Georgi, der auch in Deutschland Verbindungen besaß und Vorsteher der bulgarischen Gemeinde war, ermordet.

Im gestrigen Ministerrat wurde die Angelegenheit der Orientbahnen beraten; die beiderseitigen Standpunkte gingen so weit auseinander, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Wie verlautet, hat der Kommandant der Gemen-Truppen das Verlangen nach Entsendung von Truppen innerhalb von zehn 10 Tagen gestellt, da Unruhen unter den Armeniern sich ausbreiten. Die Regierung erwiderte, die Entsendung von Truppen in so kurzer Zeit sei unmöglich; sie werde jedoch baldmöglichst erfolgen.

Depeschen des Armenischen Patriarchats zufolge wurden in Rusch dreizehn und in Harput fünf Armenier getötet. In beiden Orten schritten die Behörden sofort ein und verhinderten die Ausschreitungen der Moslems.

Konsularberichten zufolge sind in Aleppo zahlreiche Mohammedaner, welche an den Unruhen teilgenommen hatten, verhaftet worden.

### Marokko.

Die Kommission für die öffentlichen Arbeiten in Tanger beschloß, den Plan der Errichtung von Leuchttürmen unmittelbar gutzuheßen. Die Hafenbaupläne sollen nach einem weiteren Beschluß der Kommission zu ihrer Rechtsgültigkeit der Genehmigung des diplomatischen Korps bedürfen.

### Vereinigte Staaten.

Professor Bed stellte den in der Columbia-Universität Versammelten den deutschen Botschafter Grafen v. Bernstorff vor als den Vertreter eines Landes, dem Amerika unermüdlich verpflichtet sei, als Vertreter eines glänzenden, weitblickenden Herrschers, der schon zu Lebzeiten eine gewaltige historische Persönlichkeit sei, der sein Reich, das im Kriege geboren, durch Werke des Friedens noch größer und ruhmreicher machte.

Die Columbia-Universität in Washington ernannte den deutschen Botschafter in Washington Grafen v. Bernstorff zum Ehren doktor der Rechte. Dem zweiten Sekretär des deutschen archaischen Instituts in Rom, Professor Dr. Hülsen, wurde der Grad eines Doctor of Letters verliehen.

### Südafrika.

Das südafrikanische Parlament wurde in Kapstadt eröffnet. Die Beratung, betreffend die Verfassungsänderung, wurde vertagt. Die Parlamente von Transvaal und der Oranjesonien haben die Verfassung angenommen.

## Evangelisch-Sozialer Kongress.

Heilbronn, 3. Juni.

Zu den gestrigen Verhandlungen, die wir im Auszug bereits in der heutigen Morgen-Ausgabe drucklich mitteilten, tragen wir das Referat des Grafen Posadowsky über

#### Luzus und Sparsamkeit

zunächst ausführlich nach:

„Ich bin in einer Versammlung überzeugter Sozialpolitiker erschienen, um zu zeigen, daß ich einträte für die innere Berechtigung der Sozialpolitik des evangelisch-sozialen Kongresses. Die Gegner der modernen Sozialpolitik setzen sich in Widerspruch mit den Grundlehren nicht nur des

Christentums, sondern auch mit der Sittenlehre aller gebildeten Völker. Um sozialen Nöten und Gefahren zu steuern, waren Staaten gezwungen, den Weg der modernen Sozialpolitik zu beschreiten. Ich betrachte es als den höchsten Ruhmesstiel unseres Volkes, auf diesem Gebiete Pionierarbeit gewesen zu sein. Ich erinnere mich mit Stolz an ein Wort des früheren französischen Präsidenten Loubet, daß dieser mir bei einer Audienz sagte, die soziale Gesetzgebung Deutschlands wird die ganze gebildete Welt revolutionieren.

Es ist ein Irrtum, den Ausgaben für die Sozialpolitik die Schuld an der gegenwärtigen Finanzkatastrophe zuzuschreiben. In der Sozialpolitik inne zu halten, hieße die wirtschaftliche Stellung Deutschlands untergraben.

Luzus und Sparsamkeit sind die beiden Pole des Wirtschaftslebens; zu gleicher Zeit, da in Deutschland im Reichstag über dieses Thema gesprochen wurde, ist diese Frage in England und sogar in Amerika, wo man glaubte, man wisse dort mit den Überschüssen nicht wohin (Heiterkeit), erörtert worden. In der Wissenschaft hat man ständig versucht, den Begriff des Luzus zu fassen.

Diese Erklärungen sind alle nicht ausreichend. Was im vergangenen Zeiten als Luzus galt, wird oftmals schon bald hernach zum allgemeinen Volksbedürfnis. Im gewöhnlichen Leben sieht man oftmals nur den Luzus anderer (Heiterkeit). Es wäre volkswirtschaftlich verfehlt, den Luzus an und für sich schon als verwerflich anzusehen. Nehmen wir die Entwicklung des Automobilverkehrs, so sehen wir das deutlich. Was heute noch manchem als Luzus erscheint, kann bald als allgemeines Bedürfnis gelten. Ein wichtiges Wort auf dem Gebiete des Luzus spielt die Mode, so einseitig sie auch manchmal sein mag. (Zehr richtig!) Eine chinesische Frau, die eine andere in einem neuen Hute sähe, würde sich zunächst fragen, ob sie nicht mit einem Stein nach ihr werfen solle, eine europäische Dame fragt sich in erster Linie, wie ihr wohl der Hut stünde. (Heiterkeit.) Durch Luzus kann man oft mehr Gutes stiften, als durch Almosen geben.

Ein verständiger Luzus steht keineswegs im Gegensatz zur Sparsamkeit.

Im Mittelalter kämpften Staat und Kirche gegen den Luzus. Man sah in der Polize einen Polypen, der alles umfressen könne. (Heiterkeit.) Ja, es gibt naive Gemüter, die gleicher Anschauung heute noch huldigen. Es gibt noch immer Leute, welche eine Überhebung darin erblicken, daß sich die Arbeiterbevölkerung anständig kleidet. Man muß sich freuen, zu sehen, wie viel besser sich der Deutsche gegenüber dem französischen und englischen Arbeiter in den großen Industriezentren kleidet. Es gibt natürlich auch einen verblendenden Luzus. In solchen Luzus mag Paulus gedacht haben, als er schrieb, große Vermögen kämen selten in die dritte Generation. Schädlichen Luzus treibt der, der mehr ausgibt, als er verdient. Der vermehrteste Scheinluzus wird in Deutschland auf dem Gebiete des gesellschaftlichen Lebens geübt, wo oft materielles Übermaß die geistige Ode verdrängen muß. (Heiterkeit.)

Die gesellschaftliche Repräsentation hat sich zu einer fixen Idee entwickelt.

(Bravo!) Dadurch wird ein plutokratischer Bureaucratismus begünstigt, die Auswahl nimmt weniger Rücksicht auf die Befähigung, als auf seine finanzielle Leistungsfähigkeit. Dadurch sucht er den Einfluß zu gewinnen, der nur sachlicher Tüchtigkeit zukommen sollte. (Lebhaftes Bravo!) Am bedauerlichsten ist der Trinkluzus. Glücklicherweise ist er im Abnehmen begriffen. Ich würde deshalb eine Steuer auf alkoholfreie Getränke im ethischen und volkswirtschaftlichen Interesse als einen Mißgriff halten. (Lebhaftes Händeklatschen.) Sparsamkeit ist ein Zeichen der Selbstzucht, macht den Menschen unabhängig und hebt seinen Wert. Wir finden, daß bedeutende Menschen fast durchweg sparsam sind. In der Sparsamkeit spricht sich der Familiensinn aus. Der unangenehmste gesellschaftliche Typus ist der geizige Verschwenker. Es gibt sparsame Völker. Die Franzosen z. B. sind wesentlich sparsamer als die Deutschen, aber ein gewisser Mangel macht sich darin geltend, daß zu wenig Unternehmungsgeist sich zeigt. Was Sparsamkeit zu leisten vermag, zeigt das glänzende Beispiel Frankreichs, das alle politischen Umwälzungen finanziell zu ertragen vermochte. In Luzus und Sparsamkeit in Staat und Gemeinde haben wir alle das dringendste Interesse. Ludwig XIV. sagt, ein König gibt Almosen, wenn er Luzus treibt. Es kommt aber darauf an, wofür das Geld verwendet wird. Hätte Ludwig XIV. statt für Versailles das Geld zum Ausbau der Vignallwege Frankreichs verwendet, so wäre vielleicht die große Revolution nicht gekommen. Die Ausbringung der Zinsen ist im allgemeinen leichter als die Beschaffung von Kapital. So hat man in Staat und Gemeinden sorglos Schulden auf Schulden gehäuft.

Auch nach der sogenannten Reichsfinanzreform wird die Schuldenlast sich steigern.

Wenn die Regierung Sparsamkeit predigt, pflegt sie neue Steuern zu bringen, das ist ebenso eine Naturerscheinung, wie die, daß es gefriert, wenn das Thermometer unter Null sinkt. (Heiterkeit.) Daß die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches in Frage steht, davon ist keine Rede. Ich mache der Finanzreform den Vorwurf, daß sie zu wenig Einnahmen fordert. In jedem Lande muß eine Aristokratie bestehen, die berufen ist, das Volk zu führen. Sie kann aber ihren Rechtsanspruch nur dadurch aufrechterhalten, daß sie größeres Pflichtgefühl und höhere Opferfreudigkeit bezeugt. (Lebhaftes Zustimmung.) Eine Aristokratie, die das nicht täte, verscherzte ihr Recht auf die Führung des Volkes. (Lebhaftes Bravo!) Der Reichtum unseres Volkes liegt in der Hauptsache in der Leistungsfähigkeit. Weniger Ruhe, mehr Fleiß, weniger Lärm und mehr Handeln. (Anhaltende lebhaftes Zustimmung und Händeklatschen.)

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung referierten Schneemelcher-Berlin und Eizenlat Traub-Dorimund über die geistigen Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schneemelcher sprach sich für die christlichen Gewerkschaften aus, während Traub den Anschluß an die freien Gewerkschaften seitens der evangelischen Arbeiter empfahl. In der sehr lebhaften Diskussion ergriff auch Staatsminister a. D. v. Posadowsky das Wort. Er betont, daß er es für einen Fehler halte, daß die Sozial-

demokratie immer für die Republik schwärme, wo doch in der Republik die Arbeiterschaft schlechter gestellt wäre als in der Monarchie. Er glaube, daß man die christlichen Gewerkschaften unterstützen müsse und ihre Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, die ihr feindlich gegenüberstehe.

Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Luftschiffe und Aeroplane.

Nach der Fernfahrt.

hd. Friedrichshafen, 2. Juni. Die glückliche und schnelle Verbringung des „Zeppelin 2“ nach Friedrichshafen muß als eine Glanzleistung der Ingenieure und Monteurs des Grafen Zeppelin bezeichnet werden. Was in den Stunden bei dem Unfall bei Göppingen von den schon durch die Fernfahrt erschöpften Männern geleistet worden ist, ist bewundernswert und über alles Lob erhaben. Diese fast übermenschliche Energieentfaltung ist nur zu erklären in der beispiellosen Eile, mit der das ganze Personal der Zeppelin-Gesellschaft an dem Grafen und seinem Werk hinging. Die Reparaturarbeiten dürften etwa drei Wochen in Anspruch nehmen.

Der Kaiser und Graf Zeppelin.

wb. Friedrichshafen, 2. Juni. Der Kaiser hat, wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, ein überaus herzliches Telegramm an den Grafen Zeppelin gerichtet. Der Kaiser spricht dem Grafen dabei seine große Freude aus über die Meldung, daß er in sechs Wochen nach Berlin kommen werde. Da der Kaiser in sechs Wochen nicht in Berlin weilen werde, so bittet er den Grafen, seine Reise dorthin zu verschieben, insbesondere auch deshalb, weil um diese Zeit die Berliner Schuljugend in den Ferien sei und den Grafen deshalb nicht vollständig begrüßen könne. Den Schluss des Kaisertelegramms bildet eine sehr herzliche Beglückwünschung des Obergeringens Dürer für die großartige Leistung, die dieser mit der Rückfahrt des beschädigten Luftschiffes vollbracht habe. Das Telegramm weckte bei der Tafelrunde des Grafen Zeppelin heute große Begeisterung. Es hat folgenden Wortlaut: „Besten Dank für die freundliche Meldung. Zu dem großartigen Fahrtergebnis kommt die Rückfahrt mit dem notdürftig reparierten Luftschiff als hochbedeutende Leistung hinzu, die Dürer alle Ehre macht, ein Beweis, daß man dem starren System alles zumuten kann. Da ich in sechs Wochen nicht in Berlin, sondern auf Reisen sein dürfte, auch diese Zeit in die Schulferien fällt, wo ein größerer Teil der Berliner abwesend sein wird, empfehle ich letzte Tage August, und zwar am 26. gez. Wilhelm.“ Es traf auch ein sehr herzliches Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers ein.

hd. New York, 3. Juni. Die amerikanische Presse bringt spaltenlange Artikel über Zeppelins neueste Fahrt. Im allgemeinen wird die Fahrt nicht gerade abschreckend beurteilt, aber trotz der Ausführlichkeit der Meldungen nicht als großes Ereignis gewürdigt.

Manöver des „Pariseval 2“.

Bei einer Probefahrt am Mittwoch auf dem Tegeler Schießplatz führte der „Pariseval 2“ vor Vertretern des Kriegsministeriums ein eigenartiges Manöver aus, indem er aus einer Flughöhe von 1200 Meter, so daß er kaum mehr erkennbar war, in Pfeilschwindigkeit herabschoß und nach dem Fallen einer Spirale eine glatte Landung vollzog.

## Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 3. Juni.

Sänger-Kommers.

Die „Wiesbadener Sängervereinigung“ hat dem Gesamtverband des Deutschen Sängerbundes, den Männern, die im Deutschen Reich und in Österreich, soweit dort die deutsche Zunge klingt, die gemeinsamen Interessen der Sänger vertreten, und die es sich vor allem angelegen sein lassen, das deutsche Lied, dieses hohe nationale Gut, in immer weitere Kreise zu tragen und diese zu dessen Pflege zu begeistern, einen würdigen und herzlichen Empfang bereitet. Gehten diesem Ausschuss doch auch Komponisten an, deren Namen, wie Kremer und Jüngst, allen deutschen Sängern längst bekannt sind und die in ihrer Mitte zu sehen den Wiesbadenern eine Ehre und eine Freude war. Die Herren waren alle, einige mit ihren Damen, zu der Begrüßungsfeier in der Turnhalle des Turnvereins, Hellmuthstraße 25, erschienen. Ihnen wurde, nachdem sie an der Ehrentafel Platz genommen, durch den Vorsitzenden der „Sängervereinigung“, Professor Spamer, ein herzliches Willkommen entboten und der Dank dafür abgeleistet, daß sie Wiesbaden zu ihren Beratungen gewählt, obwohl die Wiesbadener Sängerschaft doch kaum erst den Anspruch erworben, den Ausschuss hier zu sehen, denn sie sei doch das jüngste Glied des großen Deutschen Sängerbundes. Der Redner wünschte den Herren von Herzen leibliches und geistiges Behagen in unserer Stadt und ihren Arbeiten den besten Erfolg, auf daß sie nur gute Erinnerungen mit nach Hause nahmen. Den ersten gefangenen Gruß entbot von den für diesen Abend ausgelassen Vereinen die Gesangsabteilung des „Militärvereins“, die „Am Ammersee“ von Lange und „Heimat, Heimat“ von Bausy vortrug, mit denen sie an den Pfingsttagen bei dem Gesangswettbewerb in Gräfenhausen zwei Preise errungen hat. Eine weitere Begrüßungsansprache hielt danach der zweite Vorsitzende der „Sängervereinigung“, Stadterordneter Fink, der in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Beigeordneten Dr. Scholz die Gäste namens der städtischen Körperschaften willkommen hieß, die den Bestrebungen der edlen Sangeskunst, insbesondere auch der lokalen Vereinigung, großes Interesse entgegenbrachten. Dafür, daß sie,

die Träger der edlen Bestrebungen des Deutschen Sängerbundes, hier erschienen, danke er ihnen namens der städtischen Kollegien. Die Begrüßungsfeier möchten sie als den Ausdruck der lebhaften Sympathie mit diesen Bestrebungen auffassen. Redner schloß mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die lieben Gäste. Der Vorsitzende des Bundes, Rechtsanwalt List-Neutlingen, dankte der „Sängervereinigung“, dem jüngsten Glied des Bundes, das wohl morgen schon von dem Westfälischen Provinzialsängerbund in dieser Rolle abgelöst werde. Der Ausschuss sei gerne gekommen, nicht nur wegen der schönen Stadt und der sangesfreudigen Gegend, sondern vornehmlich deshalb, weil der Anschluß der „Wiesbadener Sängervereinigung“ eine Lücke ausgefüllt habe, die bisher im schönen Rheinland gefasst. Der Deutsche Sängerbund, die größte und wichtigste Vertretung der deutschen Sänger und des deutschen Liedes, vereinige nun 150 000 Sänger unter seinem Panier. Der Ausschuss wünsche der „Wiesbadener Vereinigung“ kräftiges Gedeihen und Gelingen; sie möchte dafür sorgen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit und der Bedeutung des Deutschen Sängerbundes in immer weitere Kreise bringe, damit der Bund auch am Rhein sein Banner mächtig entfalten könne. Mit besonderer Genugtuung begrüßte es Redner, daß auch die hiesige Stadtverwaltung die nationale, ideale und erzieherische Wichtigkeit des Sängerbundes erkenne und würdige. Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Lied.

Ein Ausschussmitglied, Landgerichtsrat Ritter von Schmiedel-Graz, Ehrenmitglied des „Grazener Männergesangsvereins“, der bekanntlich sehr innige Beziehungen zu Wiesbaden hat, überbrachte viele Grüße und Segenswünsche der Grazer für das liebe Wiesbaden. Aber dieser Feiler, betonte der stattliche graubärtige Herr, liege ein besonderer Zauber, sei es doch das erstemal seit jenen bedeutungsvollen Märztagen, daß Reichsdeutsche und Österreicher zusammenkamen. Durch Jahrhunderte hindurch hätten sich die Deutschen durch ihre Uneinigkeit um die Erfolge gebracht, diese Märztag aber hätten bewiesen, daß sie nichts anderes zu tun brauchten, als einig zu sein, um der Welt den Frieden aufzuzwingen und ihre Kultur ausbreiten zu können. Er, Redner, könne das Gebotnis abgeben, daß diese Freundschaft für alle Ewigkeit aushalte, und er spreche im Namen aller Deutsch-Österreicher, wenn er versichere, daß Deutschland Österreich stets an seiner Seite finden werde, um mit ihm zu siegen oder unterzugehen. „Gute Nacht, Frau Eintreffung“, könne man jetzt sagen, „wenn du willst, daß noch etwas von dir übrig bleibt, so laß dich in Spiritus setzen“. Jetzt werden wir uns an unserer Schüssel zuerst selbst satt essen und sagen die Hände weg. Die begeisterte und begeisternde Ansprache schloß mit den stolzen Worten: „Sind wir nur einig, das Schicksal dann spricht, Welt, du wirst deutsch, ob du willst oder nicht!“ Damit grüßte der Mann aus Österreich das liebe herrliche Deutschland. Die von Liebe und Anerkennung für die treuen deutschen Bundesgenossen durchwehte Ansprache fand die beifällige Aufnahme und stürmische Hoch- und Heilrufe erbrachten durch den Saal, sie wiederholten sich, als Professor Spamer der Verdienste des Alimeisters Kremer gedachte, und klangen dann harmonisch aus in dem von der ganzen, nach Hunderten zählenden Sängerschaft gesungenen Hoch auf die deutsch-österreichischen Landsleute und Brüder.

Um die Unterhaltung machten sich außer der Gesangsabteilung des „Militärvereins“ noch der „Männerklub“, der „Schubertbund“, die Gesangsabteilung des „Männer-Turnvereins“ und der „Sängerkorps des Turnvereins“ durch gut gewählte und gut vorgetragene Chöre (der „Männerklub“ sang u. a. „An die Heimat“ von Jüngst und entziet damit auch die Anerkennung des anwesenden Komponisten Professors Jüngst-Dresden), ferner das Doppelquartett der „Concordia“, die bewährten Solisten Hans Schuch und Karl Gerhardt, sowie eine Abteilung des „Turnvereins“ durch Redaktionen und nach dem Takt der Musik erhalt ausgeführte Rhythmusübungen verdient. Der Anerkennung des Ausschusses für Sänger und Turner gab Rechtsanwalt List-Neutlingen mit berebten Worten Ausdruck. Solch vortreffliche Darbietungen habe der Ausschuss zum erstenmal vereint gesehen. Wenn von der deutschen Nacht und der deutschen Unüberwindlichkeit gesprochen werden kann, so verbanke man diese der körperlichen Stählung durch die Turnvereine und den idealen Schwung, den die Gesangsvereine dem Volk verliehen. Schließlich stattete Redner noch den herzlichsten Dank des Gesamtverbandes für den schönen und genussreichen Abend ab. Die sehr harmonisch verlaufene Veranstaltung schloß mit Dankesworten des Herrn Fink an alle Mitwirkenden und den „Turnverein“ für dessen oft bewiesene Gastfreundschaft. „Gut Gott mit hellem Klang“ schallte es dann noch aus Hunderten Sängerkehlen den verehrten Gästen entgegen, als diese nach Mitternacht aufbrachen.

Elektrische Schnellbahn Frankfurt-Wiesbaden.

Nach der Antwort des preussischen Eisenbahnministers an die Kommunale Vereinigung von Rheinland und Westfalen, in der wegen des Baues elektrischer Schnellbahnen u. a. gesagt war, daß es der Staatsbahnverwaltung überlassen werden müsse, den fortschreitenden Verkehr durch Entwicklung ihrer Einrichtungen zu befriedigen, glaubte man vielfach auch das Schicksal der geplanten elektrischen Schnellbahn Frankfurt-Wiesbaden besiegelt. Um so erfreulicher ist es, daß, wie aus besser Quelle verlautet, der Herr Minister diesem Unternehmen gegenüber einen ganz anderen Standpunkt einnimmt, der erwarten läßt, daß die elektrische Verbindung der beiden Großstädte in absehbarer Zeit zustande kommt. Bezüglich der Linie Frankfurt-Wiesbaden sieht die Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt, daß ihr eine gefährliche Konkurrenz nicht erwächst, denn der Fernverkehr auf der rechtsrheinischen Strecke wird von Frankfurt aus stets der Eisenbahnverwaltung bleiben, während der Lokalverkehr natürlich dauernd der Schnellbahn zufließen muß. Dazu kommt, daß gleichzeitig die Erschließung des gut bevölkerten und wohlhabenden Landesraums zwischen Frankfurt und Wiesbaden, des „Ländchens“, ermöglicht wird, eine Aufgabe, die die Staatsbahnverwaltung früher oder später selbst hätte lösen müssen, wenn nicht jetzt durch den Bau der elektrischen Verbindung dies von privater Seite geschehe. Die elektrische Bahn wird also im

Ländchen eine Reihe von Haltestellen haben und auch Güterbeförderung übernehmen. Als Geschwindigkeit für die Züge sind 100 Kilometer in der Stunde in Aussicht genommen. Diese Geschwindigkeit darf nur auf freier Strecke entfaltet werden. In den beiden Städten darf die Geschwindigkeit die der dortigen elektrischen Bahnen nicht überschreiten. Um dies genau festlegen zu können, sind nach Verhandlungen mit den Stadtverwaltungen beider Städte festgesetzt worden, und zwar für Frankfurt a. M. ist diese Grenze in Söfenheim angenommen und für Wiesbaden bei Erbenheim. Letztere Festsetzung ist noch nicht endgültig. Bis zu diesen beiden Orten hat also die Schnellbahn als solche nur die Geschwindigkeit gewöhnlicher elektrischer Straßenbahnen, während sie zwischen diesen beiden Orten die volle Geschwindigkeit auf freier Strecke entfalten darf. Nach diesen Festsetzungen dürfte die Fahrzeit Frankfurt-Wiesbaden mindestens 25 bis 30 Minuten betragen, sie steigt auch nicht wesentlich, wenn an einigen Orten im Ländchen gehalten wird. Selbstverständlich wird die ganze Bahnstrecke so angelegt werden, daß sie keinerlei Straßen oder Pfade im Niveau kreuzt, die Strecke muß eben absolut frei sein. Das bedingt naturgemäß sehr hohe Anlagelosten. Schon in den nächsten Tagen dürfte die Schnellbahnangelegenheit wieder einen wesentlichen Schritt vorwärts tun. Wie zuverlässig verlautet, wird zwischen einem Vertreter des Eisenbahnministers, den Königl. Eisenbahnpräsidenten der Direktionen Frankfurt und Mainz sowie dem Oberbürgermeister Dr. Abdes von Frankfurt und Dr. v. Jöbel aus Wiesbaden und einem Vertreter der Felsen- und Guillaume-Lahnenerwerke eine Konferenz stattfinden, in der eine Reihe von Fragen ihre endgültige Erledigung finden dürften. Auch die Frage der Konzessionsdauer wird wohl in absehbarer Zeit zu allgemeiner Zufriedenheit gelöst werden können. So ist denn zu hoffen, daß Dank dem Entgegenkommen der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung den beiden Städten die elektrische Schnellbahnverbindung ermöglicht wird, die für ihre weitere Entwicklung von allergrößter Bedeutung sein dürfte.

Personal-Nachrichten. Hauptlehrer Adolf Berg zu Niederlahnstein erhielt den Königl. Kronenorden vierter Klasse. — Polizeipräsident v. Schend hat einen 14tägigen Urlaub angetreten.

Die Jubilare im „Tagblatt“-Betrieb haben sich wiederum um einen vermehrt. Heute sind es 25 Jahre, daß der Schriftsetzer Karl Ader von hier als Lehrling in die L. Schellenberg'sche Hof-Buchdruckerei, den Verlag des „Wiesbadener Tagblatt“, eintrat und ununterbrochen in der „Tagblatt“-Setzerei tätig ist. Wie üblich, fand aus diesem Anlaß am Vormittag eine kleine Betriebsfeier statt, bei der der Chef des Hauses dem Jubilar mit einer beglückwünschenden Ansprache ein wertvolles Geschenk überreichte, das eine entsprechende Ergänzung fand durch ein Andenken, das der „Tagblatt“-Betriebsleiter namens der Mitarbeiter mit passenden Worten dem Gefeierten übergab. Für heute ist der Jubilar natürlich von jeglicher Dienstleistung befreit, so daß in jeder Hinsicht sein Ehrenfest ihm in angenehmer Erinnerung bleiben dürfte.

— Mondfinsternis. In der kommenden Nacht finden, wie schon erwähnt, eine Verfinstung des Mondes statt, die in unseren Gegenden fast vollständig zu sehen ist. Der Mond, der sich unter den Gestirnen von Westen nach Osten bewegt, kommt um 12 Uhr 36 Min. in den Bereich des Halbschattens der Erde, was sich durch eine starke Abnahme des Mondlichtes (um etwa 30 Proz.) bemerkbar macht. Um 12 Uhr 43 Min. tritt der Mond in den Kernschatten der Erde. Er wird zuerst links unten auf der Mondscheibe sichtbar. Um 1 Uhr 58 Min. ist der Mond vollständig verfinstert und bleibt es bis 3 Uhr. Um 4 Uhr 14 Min. ist der Kernschatten vom Mond verschwunden. Um 4 Uhr 28 Min. geht der Mond unter. Der Halbschatten verweilt noch bis 5 Uhr 21 Min. auf dem Mond. Bezeichnet man den Monddurchmesser mit der Zahl 1, so beträgt die Größe des Erdschattendurchmessers in der Entfernung des Mondes 1,164. Dasselbe Maß gibt die Größe der Verfinsternung an.

— Deutscher Sängerbund. Der Gesamtausschuss des Deutschen Sängerbundes, dem, wie an anderer Stelle berichtet, die hiesige Sängerschaft gestern Abend einen herzlichen Empfang bereitet, hält seine Beratungen in der „Wartburg“ ab. Diese werden voraussichtlich drei Tage währen und außer internen Bundesangelegenheiten die Bearbeitung des zweiten Bandes der von dem Bund herausgegebenen Sammlung von Männerchören, die Ausgestaltung der von dem Bund aus einem Privatverlag übernommenen „Sängerzeitung“ und die Verteilung von Ehrengaben aus der Stiftung für Witwen und Waisen von Komponisten zum Gegenstand haben. Diese Stiftung verfügt über ein großes Kapital, dessen Zinsertrag von rund 8000 M. jährlich in Beträgen bis zu 300 Mark verteilt werden. Die Beratungen sind nicht öffentlich.

— Preisgekrönt. Der „Quartettverein Wiesbaden“, Dirigent Herr Rudolf Herber, errang unter äußerster scharfer Konkurrenz auf dem Gesangswettbewerb zu Niederlahnstein Pfingsten 1909 in der 1. Klasse den 3. Preis, im Ehrenpreis den 2. Ehrenpreis. Hier blieb der „Quartettverein“ hinter dem siegenden ersten Verein nur um einen Punkt zurück. Im höchsten Ehrenpreis (Großherzogpreis) errang der „Quartettverein Wiesbaden“ mit dem Volkslied von Karl Schaub „Ein Traum“ die zweithöchste Punktzahl.

— Bund der Viehhändler Deutschlands. In der öffentlichen Nachmittagsversammlung war als Abgeordneter des Magistrats und zugleich der Wiesbadener Fleischerinnung Stadtrat Weidmann erschienen, welcher, ebenso wie Obermeister Marx-Frankfurt namens des Deutschen Fleischerverbandes, und Rahn-Wiebach namens des Nassauischen Viehhändlervereins, den Beratungen besten Erfolg wünschte. Der Bundesvorsitzende Daniel Wiesdorff erging sich sodann in einem etwa einstündigen Vortrag über das Thema: „Ist Deutschland imstande, seinen Fleischverbrauch selbst zu produzieren, oder ist Deutschland auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen?“ Nach ihm wurden im Jahre 1908 209 633 Stück Rindvieh und 97 628 Schweine eingeführt, neben etwa 8 Millionen in der Hauptsache mit Fischabfällen gemästeten, und daher wenig wohlschmeckenden russischen

Der König von Württemberg über den Grafen Zeppelin  
Stuttgart, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei der  
Gartenfest, das der König feiern zu Ehren der Teil-  
nehmer an dem Tonkünstlerfest im Schlosse Wilhelm-  
gab, sprach er gegenüber dem Gefebratant des „Neuen  
Tagbl.“, Ernst Hell, in lebhafter Weise seine Freude an  
über den heilspieslosen Erfolg des Grafen Zeppelin. Wo-  
wenn ein nach der Schlacht angefohnenes Kriegsschiff noch  
durch eigene Kraft den Hafen erreicht, so habe „Z. II.“ an

